

Europäische Investitionsbank-Gruppe: Tätigkeit im Jahr 2003



Im Jahr 2003 hat die Europäische Investitionsbank (EIB) Darlehen von insgesamt 42,3 Mrd EUR (2002: 39,6 Mrd) für Projekte vergeben, die zur Erreichung der politischen Ziele der Europäischen Union beitragen.

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) – die auf Risikokapitalfinanzierungen spezialisierte Tochtergesellschaft der EIB-Gruppe – beteiligte sich mit 135 Mio EUR an Risikokapitalfonds und gewährte Garantien für KMU-Finanzierungen im Gesamtbetrag von 2,2 Mrd EUR.

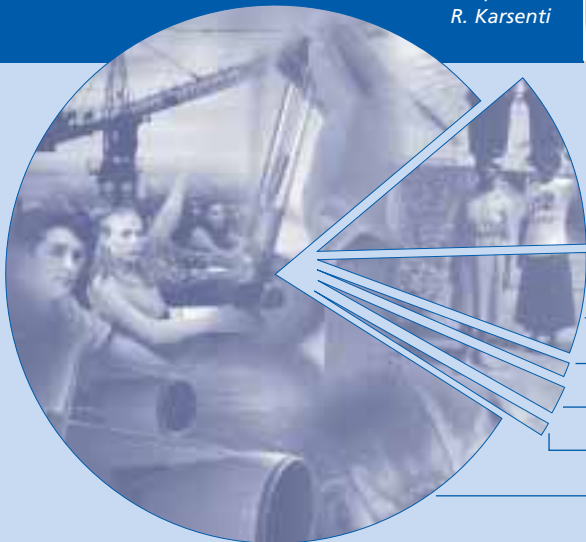
Die Pressekonferenz über die Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2003 wurde am 4. Februar 2004 in Luxemburg und am 5. Februar 2004 in Brüssel abgehalten.

*Von links nach rechts:
R. Jacob, E. Uhlmann,
P. Maystadt,
F. Carpenter,
R. Karsenti*



Im Jahr 2003 unterzeichnete Verträge (Mio EUR)

Mittel- und Osteuropa + Zypern und Malta	4 600
Partnerländer des Mittelmeerraums (einschließlich Türkei)	2 100
Westlicher Balkan	372
AKP + Südafrika	723
Asien und Lateinamerika	348
Europäische Union	34 200
Insgesamt	42 300



Inhalt

Europäische Investitionsbank-Gruppe: Tätigkeit im Jahr 2003 1

Auszeichnungen für die Kapitalmarktaktivitäten im letzten Jahr 9

Internationalisierung der Produktion in Europa 11

Erste Sitzung des FEMIP-Expertenausschusses 14

Projekt im Mittelpunkt: das Programm „Hôpitaux de France“ 16

Die EIB in der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen 17

EIB-Gruppe eröffnet Vertretungsbüro in Paris 18

Ernennungen und neue Organisationsstrukturen in der EIB 19

Die EIB und öffentlich-private Partnerschaften 22

Vier EIB-Projekte erhalten 2003 Auszeichnungen im Bereich Projektfinanzierung 23

Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus 25

Investitionen für die Städte 29

Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten 32

Die Pressemitteilung über die Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2003 ist auf der Website der EIB veröffentlicht (www.eib.org). Unter dieser Adresse sind auch die Broschüre „Die EIB-Gruppe im Jahr 2003: Finanzierte Projekte“ und 10 Informationsnotizen mit weiteren Einzelheiten zu speziellen Themen abrufbar.

Im Jahr 2003 hat die Europäische Investitionsbank (EIB) Darlehen von insgesamt 42,3 Mrd EUR (2002: 39,6 Mrd) für Projekte vergeben, die zur Erreichung der politischen Ziele der Europäischen Union beitragen. In den EU-Mitgliedstaaten beliefen sich die Finanzierungen auf 34,2 Mrd EUR, während in Staaten außerhalb der EU 8,1 Mrd EUR zur Verfügung gestellt wurden. In den künftigen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas sowie in Malta und Zypern erreichte die Darlehensvergabe den Rekordbetrag von 4,6 Mrd EUR; in den Mittelmeer-Partnerländern (einschließlich der Türkei) wurden 2,1 Mrd EUR bereitgestellt. In den westlichen Balkanstaaten hat die Bank Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte mit 372 Mio EUR gefördert. Die Entwicklungszusammenarbeit der EU wurde mit Darlehen von insgesamt 1,1 Mrd EUR unterstützt. Davon wurden 463 Mio EUR in den AKP-Staaten (Afrika, karibischer Raum und Pazifischer Ozean), 260 Mio EUR in Südafrika und 348 Mio EUR in Asien und Lateinamerika vergeben.

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) – die auf Risikokapitalfinanzierungen spezialisierte Tochtergesellschaft der EIB-Gruppe – beteiligte sich mit 135 Mio EUR an Risikokapitalfonds und gewährte Ga-

Jahrespressekonferenz der EIB

Bei der Vorstellung der Ergebnisse der EIB-Gruppe für das Jahr 2003 betonte **EIB-Präsident Philippe Maystadt** vor der akkreditierten internationalen Presse, dass im Jahr 2003 80% der Darlehen für Projekte in den derzeitigen und künftigen EU-Mitgliedstaaten vergeben wurden, womit die vorrangige Rolle der EIB als Finanzierungsinstitution der Europäischen Union bestätigt wird. Die Verteilung der 2003 gewährten Darlehen auf die einzelnen Länder und Regionen zeigt außerdem ebenso wie die Aufgliederung nach Sektoren, dass die EIB in der Lage war, auf neue Aufgaben, die ihr vom Europäischen Rat übertragen wurden, einzugehen. So war sie u.a. gebeten worden, ihre Finanzierungstätigkeit in den beitretenden Staaten zu intensivieren und ihre Operationen in den Partnerländern des Mittelmeerraums auszuweiten und zu diversifizieren.

Die Förderung einer innovativen und wissensbasierten Wirtschaft – ein Ziel, das im Dezember 2003 durch die vom Europäischen Rat initiierte „Europäische Aktion für Wachstum“ erneut bekräftigt wurde – gehört zusammen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sowie der Regionalentwicklung in der erweiterten EU zu den wichtigsten Finanzierungsprioritäten der Bank.

Der Präsident betonte, dass die EIB nicht nur der größte internationale Darlehensgeber ist, sondern sich mit einem Mittelbeschaffungsvolumen von 42 Mrd EUR im Jahr 2003 und geschätzten 45 Mrd EUR für 2004 gleichzeitig auch als führender nicht-staatlicher Emittent etabliert hat. Um diese hohen Beträge aufzunehmen, wird die Bank weiterhin umfangreiche Referenzanleihen – in einer Größenordnung von 3 - 5 Mrd EUR – begeben und gleichzeitig die sich bietenden Gelegenheiten nutzen, um Anleihen in verschiedenen Währungen auf den internationalen Kapitalmärkten zu emittieren.

() Sofern nicht anders angegeben, lauten alle in dieser Veröffentlichung genannten Beträge auf Euro.*

Die operativen Prioritäten der EIB

Die operativen Prioritäten der EIB, die am 3. Juni 2003 vom Rat der Gouverneure gebilligt wurden, sind im Operativen Gesamtplan 2004-2006 der EIB wie folgt niedergelegt:

- Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt sowie Regionalentwicklung in der erweiterten Union
- Umsetzung der Innovation-2010-Initiative (i2i)
 - Ausbau der Transeuropäischen Netze und der Zugangsnetze
 - Schutz und Verbesserung der Umwelt
 - Unterstützung der Entwicklungs- und Kooperationspolitik der EU gegenüber Partnerländern, insbesondere im Rahmen der FEMIP (Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer) und des Abkommens von Cotonou.



rantien für KMU-Finanzierungen im Gesamtbetrag von 2,2 Mrd EUR.

Zur Refinanzierung der vergebenen Darlehen nahm die Bank an den internationalen Kapitalmärkten durch 310 Emissionen in 15 Währungen insgesamt 42 Mrd EUR auf.

Am 31. Dezember 2003 belief sich die Bilanzsumme der EIB auf 235 Mrd EUR. Die ausstehenden Darlehen betragen 207 Mrd EUR und die Anleiheverbindlichkeiten 195 Mrd EUR.

Regionalentwicklung in der erweiterten EU

Die Förderung einer ausgewogenen regionalen Entwicklung war auch 2003 oberste Finanzierungspriorität der EIB. In den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten (EU-15) wurden für Projekte in Regionalfördergebieten 16,3 Mrd EUR in Form von Einzeldarlehen sowie etwa 6,5 Mrd EUR als Globaldarlehen (Kreditlinien) an Partnerbanken für die Finanzierung von KMU-Projekten und kleineren öffentlichen Investitionen bereitgestellt. Unter Einbeziehung der künftigen Mitgliedstaaten erreichten die Darlehen für Regionalentwicklungsprojekte insgesamt 27,3 Mrd EUR; das sind 70% des gesamten Darlehensvolumens der EIB in der EU-15 und in den künftigen Mitgliedstaaten.

Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wurde weiter ausgebaut. Bei großen Vorhaben, für die Zuschüsse aus dem EFRE, dem Kohäsionsfonds oder dem ISPA beantragt werden, ist die Bank aktiv in die Projektprüfung und in den Informationsaustausch eingebunden.

In den künftigen Mitgliedstaaten (einschließlich Bulgarien und Rumänien) erreichten die Darlehen den Rekordbetrag von 4,6 Mrd EUR (2002: 3,6 Mrd); davon entfielen 3,9 Mrd auf Einzeldarlehen und 660 Mio auf Globaldarlehen. Die EIB hat damit ihre Rolle als wichtigste externe Finanzierungsquelle für Investitionen in den künftigen Mitgliedstaaten weiter gefestigt. Insgesamt hat die Bank in diesen Ländern seit 1990 Darlehen von insgesamt etwa 25 Mrd EUR vergeben.

Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastrukturen standen erneut im Vordergrund (37% der Gesamtausleihungen in den künftigen Mitgliedstaaten). Zunehmende Bedeutung erlangte der Umweltschutz einschließlich der Wasserwirtschaft (16%) im Hinblick auf die erforderliche Anpassung an die Umweltstandards der EU. In vielen Fällen wurden die Darlehen für Umweltschutz- und Verkehrsprojekte durch Zuschüsse aus dem ISPA-Programm der EU ergänzt. Im Bildungs- und im Gesundheitssektor, wo ebenfalls erhebliche Infrastrukturinvestitionen erforderlich sind, wurde die Darlehensvergabe deutlich gesteigert (14%). Rund 19% der Darlehen waren für Investitionen im Industrie- und im Dienstleistungssektor bestimmt, wobei insbesondere ausländische Direktinvestitionen, die zum Transfer von Know-how und Kapital in die Region beitragen, unterstützt wurden. Hervorzuheben sind hier Investitionen von Automobilherstellern und Zulieferern in der Tschechischen Republik und in Ungarn. Über Globaldarlehen an Partnerbanken (14%) wurden KMU sowie Investitionen von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterstützt.

Innovative und wissensbasierte Wirtschaft

Mit ihrer „Innovation-2010-Initiative“ (i2i) unterstützt die EIB mehrere Ziele, und zwar die vom Europäischen Rat Lissabon (2000) beschlossene EU-Strategie für eine informations- und wissensbasierte Wirtschaft, das auf der Ratstagung in Barcelona (2002) gesteckte Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) auf 3% des BIP zu steigern, und die im Dezember 2003 beschlossene „Europäische Aktion für Wachstum“.

Im Juni 2003 hat die EIB beschlossen, ihre Unterstützung für die Lissabon-Strategie der Union zur Stärkung der Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft über den ursprünglich von 2000 bis 2003 vorgesehenen Zeitraum hinaus bis zum Jahr 2010 auszudehnen (Innovation-2010-Initiative). Die EIB-



Finanzierungen in neuen Mitgliedstaaten nach dem Beitritt

Mit ihrer Aufnahme in die EU im Mai 2004 können die meisten Länder, die vorher durch die Vor-Beitrittsbeihilfe der Bank unterstützt wurden, Finanzierungen im Rahmen des vorrangigen Regionalentwicklungsziels der Bank erhalten. Alle neuen Mitgliedstaaten werden als Fördergebiete eingestuft werden. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der GD REGIO der Kommission prüft gegenwärtig, wie die Tätigkeit der Bank mit den Strukturfonds-Instrumenten, die den künftigen Mitgliedern nach dem Beitritt offen stehen, bestmöglich koordiniert werden kann, und welche Möglichkeiten bestehen, Darlehen der Bank mit Zuschüssen der Europäischen Kommission zu kombinieren. Intern hat die Bank ihre Organisation im Hinblick auf die vollständige Integration der neuen Mitglieder angepasst.

Gruppe unterstützt i2i-Vorhaben durch mittel- oder langfristige Finanzierungen sowie durch Beteiligungen des EIF an Risikokapitalfonds, die KMU das benötigte Eigenkapital als Risikokapital zur Verfügung stellen. Die i2i ist auf fünf Wirtschaftsbereiche ausgerichtet: Forschung und Entwicklung (FuE), Entwicklung von KMU, Technologienetze, Entwicklung des Humankapitals sowie Verbreitung von Innovation (einschließlich eines spezifischen Programms für den audiovisuellen Sektor).

Im Rahmen des i2i-Programms hat die EIB 2003 Darlehen im Gesamtbetrag von 6,2 Mrd EUR gewährt (2002: 3,6 Mrd). Die Darlehen für den Ausbau von Informations- und Kommunikationsnetzen erreichten 1,4 Mrd EUR und blieben damit hinter den Erwartungen an eine wieder anziehende Investitionstätigkeit in diesem Sektor zurück. Die Finanzierungen für FuE-Investitionen hielten sich mit 2,1 Mrd EUR auf dem Vorjahresniveau, während bei den Darlehen für Infrastrukturen im Bildungssektor ein kräftiger Anstieg

auf 2,7 Mrd (2002: 900 Mio) zu verzeichnen war.

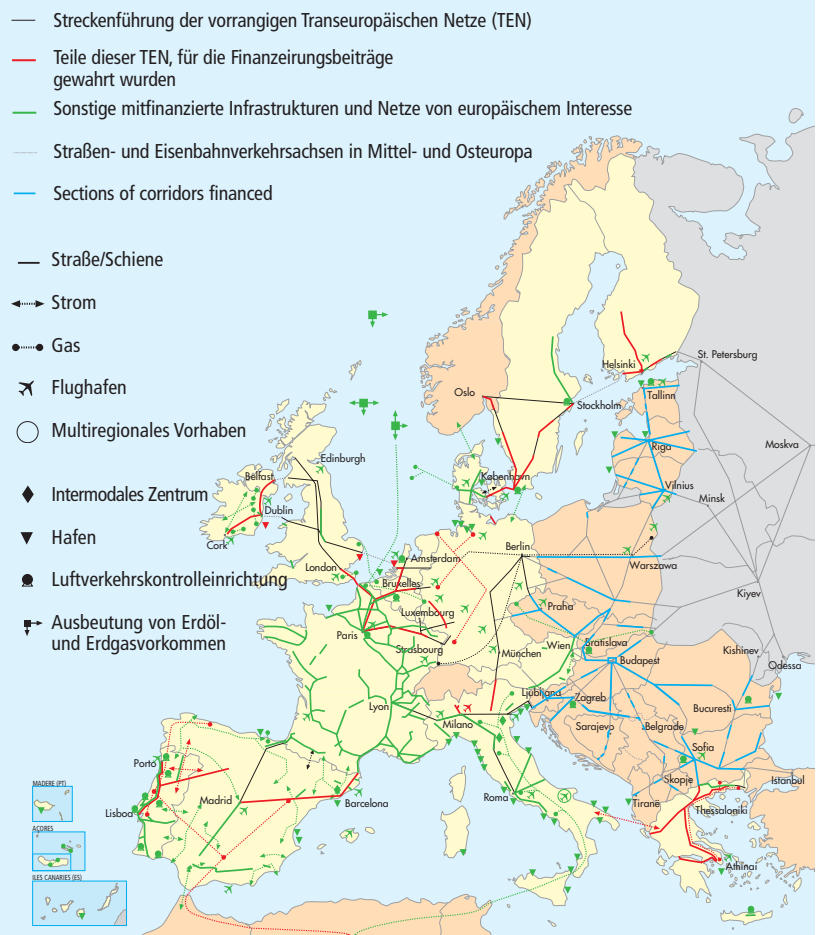
Finanzierungen im Rahmen des i2i-Programms wurden sowohl in der derzeitigen EU als auch in den künftigen Mitgliedstaaten bereitgestellt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf Projekte in strukturschwachen Regionen gelegt, um eine wissensbasierte Wirtschaft auch in den weniger entwickelten Regionen zu fördern.

Ziel der Europäischen Aktion für Wachstum ist die Stärkung des eu-

Verstärkte Unterstützung von TEN-Vorhaben

Zur Unterstützung der Europäischen Aktion für Wachstum wird die EIB eine mit 50 Mrd EUR ausgestattete TEN-Investitionsfazilität für den Zeitraum bis 2010 einrichten. In den kommenden drei Jahren sollen davon für TEN-Verkehrsprojekte, insbesondere für Projekte des Schnellstart-Programms, bis zu 25 Mrd EUR vergeben werden. Das gemeinsam mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten durchgeführte Programm betrifft schwerpunktmäßig (grenzüberschreitende) Projekte von besonderer Bedeutung für die Integration des Binnenmarktes im erweiterten Europa. In besonderen Fällen können die Darlehen bis zu 75% der Investitionskosten entsprechen und mit Laufzeiten von bis zu 35 Jahren bei flexiblen Konditionen hinsichtlich der Rückzahlung ausgestattet sein. Auf diese Weise soll der Anteil von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) an der Finanzierung von TEN-Vorhaben gesteigert werden. Die Bank wird hierfür ihre Fazilität für strukturierte Finanzierungen einsetzen, wobei die mit neuen Operationen verbundenen Risiken aus den Rückstellungen der Fazilität gedeckt werden.

EIB-Finanzierungen für Transeuropäische Netze (1993-2004)



ropäischen Wachstumspotenzials durch vermehrte Investitionen in die transeuropäischen Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze (TEN) sowie durch die Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung einschließlich Umwelttechnologien. Teil der Initiative ist ein „Schnellstart-Programm“, das eine Liste von vorrangigen, zügig durchführbaren Projekten enthält und um weitere baureife Projekte ergänzt werden kann.

Zur Finanzierung solcher Projekte soll neben öffentlichen Mitteln und Darlehen der EIB auch privates Kapital mobilisiert werden. Die EIB wird dazu innovative Finanzierungsinstrumente (Garantien, strukturierte Finanzierungen und Verbriefung von Krediten) anbieten.

Zur Unterstützung der Aktion für Wachstum plant die EIB, bis 2010 Darlehen (einschließlich strukturierter Finanzierungen) von bis zu 40 Mrd EUR für FuE und Innovationen bereitzustellen. Allein bis 2006 sind in diesem Rahmen Darlehen von bis zu 20 Mrd EUR vorgesehen, insbesondere für Projekte des Schnellstart-Programms und für Projekte in den künftigen Mitgliedstaaten.

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) unterstützt die Innovation-2010-Initiative mit Beteiligungen an Risikokapitalfonds. Im vergangenen Jahr wurden 17 Risikokapitaloperationen im Gesamtbetrag von 135 Mio EUR unterzeichnet. Damit erhöhte sich das Beteiligungsportfolio des Fonds auf rund 2,5 Mrd EUR, die sich auf 190 Fonds in der EU-15 und in den künftigen Mitgliedstaaten verteilen. Der EIF ist als Dachfonds tätig; sein Schwerpunkt liegt auf Fonds, die auf Frühphasenfinanzierungen und auf den Hochtechnologiesektor spezialisiert sind. In diesem Segment ist der EIF heute einer der größten Risikokapitalanbieter Europas. Mehr als 80% der bisher investierten Mittel wurden von der EIB zur Verfügung gestellt, weiterer Kapitalgeber ist die Kommission. 2003 wurde der EIF erstmals von dritter Seite mit der Investition von Risikokapital beauftragt: Das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit stellt

250 Mio EUR aus Mitteln des ERP-Sondervermögens (das frühere „European Recovery Program“) zur Verfügung. Die Mittel, die von der EIB/dem EIF um weitere 250 Mio EUR aufgestockt werden, sollen ausschließlich in Risikokapitalfonds für deutsche High Tech-Unternehmen investiert werden.

Der EIF fördert außerdem auf indirektem Weg die Investitionstätigkeit von KMU, indem er Finanzinstituten oder öffentlichen Garantieeinrichtungen Garantien für ihre KMU-Kreditportfolios gewährt. Diese Unterstützung erleichtert den Banken die Kreditvergabe an KMU. Im Jahr 2003 schloss der EIF 30 Garantiegeschäfte im Gesamtbetrag von 2,2 Mrd EUR ab (2002: 1,2 Mrd), womit sich sein Garantieportfolio auf 6,3 Mrd EUR erhöht hat. Mehr als 250 000 KMU haben damit indirekt von EIF-Garantien profitiert.

Transeuropäische Netze (TEN) und Zugangsnetze

Zur Unterstützung von TEN-Infrastrukturvorhaben hat die EIB in der EU insgesamt 5,3 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. Im Verkehrssektor (4,6 Mrd EUR) betrafen die wichtigsten Finanzierungen den Bau von Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecken, die Modernisierung von Straßen- und Autobahnnetzen, die Anpassung von Flughafeninfrastruktur sowie den Ausbau und die Modernisierung von Hafenanlagen. Telekommunikationsprojekte wurden mit 1 Mrd EUR unterstützt, und für die Finanzierung von Transeuropäischen Energienetzen wurden 390 Mio EUR bereitgestellt. In den künftigen Mitgliedstaaten, die einen enormen Bedarf im Hinblick auf den Ausbau und die Instandset-

Unterstützung der von der Ölkatastrophe betroffenen Gebiete

2003 hat die EIB einmal mehr ihre schnelle Reaktionsfähigkeit und ihre Solidarität bei Umweltkatastrophen und in Notsituationen bewiesen. So hat sie durch ein Soforthilfe-Darlehen auf die katastrophalen Auswirkungen reagiert, die durch den Untergang des Tankers „Prestige“ sowohl für die Umwelt als auch für die Wirtschaft in den am stärksten von der Ölpest betroffenen spanischen Provinzen Galizien, Asturien und Kantabrien entstanden sind.

Im Einzelnen hat die EIB im März 2003 ein Globaldarlehen von 150 Mio EUR bereitgestellt, aus dem vorrangig die Wirtschaft in diesen Regionen und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie die Gebietskörperschaften unterstützt werden. Darüber hinaus hat die Bank ein Soforthilfe-Rahmendarlehen von 350 Mio EUR gewährt, das für die Finanzierung von größeren Projekten im Rahmen eines öffentlichen Investitionsprogramms bestimmt ist. Diese Darlehen sind mit besonders günstigen Konditionen ausgestattet, die in bestimmten Ausnahmefällen sogar die Finanzierung der Gesamtkosten eines Projekts ermöglichen.





Neue Initiativen zur Unterstützung der Klimaschutzziele der EU

Auf der 9. Konferenz der Vertragsstaaten (COP9) des Kyoto-Protokolls im Dezember 2003 stellte EIB-Präsident Philippe Maystadt die neuen Initiativen der Bank zur Unterstützung der Klimaschutzpolitik der EU vor. Kernelemente sind eine mit 500 Mio EUR ausgestattete „Zweckgebundene Finanzierungsfazilität“ zur Unterstützung europäischer Unternehmen, die am gemeinschaftlichen System für den Handel mit Emissionszertifikaten teilnehmen, und eine „Fazilität für Technische Hilfe“, aus der bedingte Zuschüsse im Zusammenhang mit der „Joint Implementation“ und dem „Clean Development Mechanism“ des Kyoto-Protokolls bereitgestellt werden können. Darüber hinaus untersucht die EIB das Potenzial für eine Beteiligung der Bank an einem Fonds, der Emissionsgutschriften aufkauft.

Die EIB, die im Bereich des Klimaschutzes schon seit einer Reihe von Jahren gute Kontakte mit der Europäischen Kommission unterhält, arbeitet auch jetzt bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer neuen Initiativen eng mit der Kommission sowie mit anderen auf den Emissionshandel spezialisierten Partnern zusammen.

zung ihrer Infrastruktur haben, wurden für TEN-Vorhaben im Verkehrssektor Darlehen von rund 1,5 Mrd EUR unterzeichnet.

Umweltschutz

Die Bank hat sich das Ziel gesetzt, in den derzeitigen und den künftigen Mitgliedstaaten zwischen 30 und 35% ihrer gesamten jährlichen Einzeldarlehen für Umweltprojekte zu vergeben. Dieses Ziel wurde 2003 deutlich übertroffen: In der EU-15 und in den künftigen Mitgliedstaaten erreichten die Einzeldarlehen die Rekordhöhe von 11,6 Mrd EUR (2002: 10,5 Mrd) und damit einen Anteil von 42%. Die finanzierten Umweltprojekte betreffen die Bereiche öffentlicher Nahverkehr, Stadterneuerung, Wasser- und Abwasserwirtschaft, Abfallbeseitigung sowie Energieeinsparung und erneuerbare Energien. In den Partnerländern des Mittelmeerraums und in der Balkan-Region beliefen sich die Einzeldarlehen für Umweltprojekte auf 677 Mio EUR, und mit 25 Mio EUR unterstützte die EIB ein Abwasserprojekt in St. Petersburg. In den AKP-Staaten (Afrika, karibischer Raum und Pazifischer Ozean) waren 54,5 Mio EUR für Umweltvorhaben bestimmt. Diese Darlehen dienten gleichzeitig dem übergeordneten Ziel der Bank, die nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern zu unterstützen.

Bei der Finanzierung von Umweltvorhaben arbeiten die Bank und die Europäische Kommission zusammen, indem sie ihre Mittel insbesondere in den künftigen Mitgliedstaaten, den Mittelmeer-Partnerländern und den AKP-Staaten kombinieren.

In Anbetracht der strategischen Bedeutung des Klimaschutzes hatte sich die Bank das Ziel gesetzt, den Anteil der im Bereich erneuerbare Energien vergebenen Darlehen an den gesamten Finanzierungen im

Energiesektor von 7% auf 15% zu steigern. Durch die Finanzierung zahlreicher Windenergieprojekte hat sie dieses Ziel nahezu erreicht. Zur Konsolidierung dieser positiven Tendenz wird sie ihre Finanzierungstätigkeit auch bei anderen erneuerbaren Energieträgern ausweiten. Das europäische Emissionshandelsystem, das im Jahr 2005 anlaufen wird, dürfte dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energieträger zu erhöhen und die bankmäßige Finanzierung der Projekte in diesem Bereich zu erleichtern.

Im Jahr 2003 veröffentlichte die EIB ihren ersten Umweltbericht (2001-2002).

Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit der EU

In den **Partnerländern des Mittelmeerraums** hat die EIB im Jahr 2003, dem ersten vollen Jahr der Tätigkeit der FEMIP (Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer), Darlehen von insgesamt 2,1 Mrd EUR vergeben. Mehr als ein Drittel der Finanzierungen leistete einen direkten Beitrag zum Wachstum von Privatunternehmen, und zwar sowohl durch ausländische Direktinvestitionen und Joint Ventures zwischen Projektträgern aus verschiedenen Ländern des Mittelmeerraums, als auch durch die Finanzierung von KMU. Dieser Schwerpunkt entspricht dem vorrangigen Ziel der FEMIP, die Entwicklung der Privatwirtschaft zu fördern. Weitere Ziele im Rahmen dieser Fazilität sind die Ausweitung von Investitionen in das Humankapital, stärkere technische Unterstützung bei der Planung tragfähiger Vorhaben und bei der Durchführung von Wirtschaftsreformen sowie der Einsatz innovativer Finanzprodukte und von Risikokapital.

Die Bank hat im vergangenen Jahr die notwendige Organisation geschaffen, um ihre FEMIP-Aktivitäten und ihre zunehmend wichtige Rolle als Entwicklungsbank, die vermehrt auch technische Hilfe anbietet, erfolgreich wahrnehmen zu können. Hierzu gehört auch die Einrichtung von Regionalbüros: In Kairo wurde bereits ein Büro eröffnet, und weitere werden demnächst in den Maghreb-Ländern (Rabat und Tunis) folgen.

Die künftige Entwicklung der FEMIP

Der Europäische Rat hat im Dezember 2003 beschlossen, die FEMIP weiterzuentwickeln und ihre Position in der EIB durch eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung des privaten Sektors zu stärken:

- Einrichtung einer speziellen Fazilität für risikoreichere Finanzierungen mit dem Ziel, Investitionen in der Privatwirtschaft zu fördern;
- Errichtung eines „Treuhandsfonds“, der durch freiwillige Beiträge (Entwicklungshilfegelder und Risikokapital) von EU-Mitgliedern und anderen Staaten gespeist wird und aus dem Finanzierungen für technische Hilfe und Zuschüsse für vorrangige Infrastrukturprojekte bereitgestellt werden können;
- Weiterentwicklung des „Ausschusses für Grundsatzfragen und Koordination“ der FEMIP zu einem Ministerausschuss, der jährlich zusammentritt und durch ein regelmäßig zusammenkommendes Expertengremium ergänzt wird. Ziel dabei ist es, den Dialog über Strukturreformen zu intensivieren, die Privatwirtschaft zu unterstützen und Kofinanzierungen zu koordinieren.

Eröffnung des EIB-Büros in Kairo

Im Oktober 2003 hat die Bank ihr Regionalbüro in Kairo, das seit Juli tätig ist und von Luigi Marcon geleitet wird, offiziell eröffnet. Die Aufgabe dieses ersten EIB-Büros außerhalb der Union, dessen Tätigkeitsgebiet den gesamten Nahen Osten umfasst, besteht darin, die Beziehungen zu den Behörden der Mittelmeer-Partnerländer im Nahen Osten zu pflegen und die Verfahren zur Ermittlung und Überwachung der Projekte zu optimieren. Des Weiteren hat das Büro die Aufgabe, die Durchführung der technischen Unterstützung sowohl von Projekten als auch von Finanzinstituten der Empfängerländer zu erleichtern.



Der ägyptische Premierminister Atef Ebeid und der Präsident der EIB Philippe Maystadt bei der Eröffnung des Regionalbüros der EIB in Kairo.

Auf seiner Tagung im Dezember 2003 hat der Europäische Rat beschlossen, die im Oktober 2002 eingerichtete FEMIP in Anbetracht der seither erzielten positiven Ergebnisse zu verstärken. Aufgrund der Erfahrungen und nach Konsultation der Mittelmeer-Partner des Barcelona-Prozesses soll dann im Dezember 2006 erneut über die Gründung einer „Mittelmeerbank“ mit der EIB als mehrheitlichem Eigentümer nachgedacht werden.

In den westlichen Balkanländern, in denen die Finanzierungen der EIB insgesamt 372 Mio EUR erreichten, wurden erstmals auch Projekte in Bereichen wie Bildung und Gesundheit sowie Vorhaben von Gebietskörperschaften (Wasserwirtschaft, städtischer Nahverkehr, Fernwärme und Abfallentsorgung) finanziert. Im Juni 2003 genehmigte der Rat der Gouverneure der EIB

eine mittelfristige Strategie für die Balkanländer, zu deren Prioritäten Direktfinanzierungen zur Förderung der Privatwirtschaft gehören. Die Bank führt ihre Operationen in der Region in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Agentur für Wiederaufbau, anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen wie der Weltbank und der EBWE sowie bilateralen Geldgebern durch.

In den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean führt die EIB ihre Finanzierungsoperationen seit dem 2. Juni 2003 auf der Grundlage des neuen AKP-EU-Partnerschaftsabkommens (Abkommen von Cotonou) durch, das das Vierte Abkommen von Lome ersetzt. Schwerpunkt des Partnerschaftsabkommens von Cotonou ist die Bekämpfung der Armut.

Die EU-Mitgliedstaaten haben die EIB als Entwicklungsfinanzierungsinstitution der Union beauftragt, in den kommenden fünf Jahren eine mit 2,2 Mrd EUR ausgestattete Investitionsfazilität (IF) für die Finanzierung von Projekten in den AKP-Ländern zu verwalten. Darüber hinaus wird die EIB über einen Zeitraum von fünf Jahren Darlehen aus eigenen Mitteln von insgesamt bis zu 1,7 Mrd EUR bereitstellen. Priorität wird kleineren Investitionen im Privatsektor und Projekten im Bildungs- und im Gesundheitswesen eingeräumt. Die IF ist als revolvingender Fonds konzipiert, d.h. Tilgungszahlungen werden zur Finanzierung neuer Projekte verwendet. Die Fazilität wird nach kommerziellen Prinzipien verwaltet, um ihre finanzielle Tragfähigkeit zu sichern. In Anbetracht der entwicklungspolitischen Aufgaben der EIB ist ihre Tätigkeit in den AKP-Staa-



Wachstum und Innovation

Beständigkeit und Innovation waren auch 2003 kennzeichnend für die Mittelbeschaffungsstrategie der EIB. Schwerpunkt war die Emission von umfangreichen liquiden Referenzanleihen in den drei Hauptwährungen EUR, GBP und USD, während gleichzeitig auch die sich bietenden Gelegenheiten genutzt wurden, um für bestimmte Anlegergruppen maßgeschneiderte, strukturierte Anleihen in verschiedenen Währungen zu emittieren. Die EIB, die ihre Mittel weltweit auf allen größeren Kapitalmärkten aufnimmt, konnte sich darüber hinaus als Emittent noch stärker auf Schlüsselmärkten wie Asien/Japan und USA etablieren. Während durch Referenzanleihen die Liquidität und die den Anlegern gebotene Laufzeitenpalette erweitert wurden, stellte die Emission von strukturierten Anleihen den wichtigsten Wachstumsfaktor dar. Bei den strukturierten Emissionen war ein erheblicher Anstieg auf 9,3 Mrd EUR zu verzeichnen, die durch 229 Operationen aufgenommen wurden (3,4 Mrd EUR im Rahmen von 129 Operationen im Jahr 2002).

2003 erhielt die EIB mehrere Auszeichnungen für ihre erfolgreiche Mittelbeschaffungstätigkeit.

ten ebenfalls in einem speziellen Geschäftsbereich zusammengefasst worden.

In den AKP-Ländern hat sie insgesamt 723 Mio EUR bereitgestellt; davon waren 260 Mio EUR für Projekte in der Republik Südafrika bestimmt. Mehr als zwei Drittel des gesamten Darlehensvolumens gingen an Privatunternehmen bzw. an Unternehmen des öffentlichen Sektors, die nach kommerziellen Gesichtspunkten geführt werden, und dienten u.a. der Finanzierung von Projekten im Strom- und im Wassersektor. Etwa 50% wurden Banken sowie Risikokapital- und Mikrofinanzierungsfonds zur Verfügung gestellt, um den Finanzsektor sowie – in Einklang mit den Zielen der Investitionsfazilität – indirekt die Privatwirtschaft zu unterstützen.

In **Asien und in Lateinamerika**, wo die EIB durch ihre Tätigkeit die Entwicklungszusammenarbeit der EU unterstützt, beliefen sich die Finanzierungen auf 348 Mio EUR. Davon wurden 254 Mio EUR für 5 Projekte in Lateinamerika und 94 Mio EUR für 2 Projekte in Asien zur Verfügung gestellt.

Mittelbeschaffung im Jahr 2003

Die Bank konnte ihre Position als größter und führender supranationaler Anleiheemittent weiter festigen. Das Mittelbeschaffungsvolumen erhöhte sich um 11% auf 42 Mrd EUR, die durch 310 Emissionen in 15 Währungen aufgenommen wurden. Auf EUR-Emissionen entfiel der größte Anteil (17 Mrd EUR bzw. 40% des Gesamtbetrags). 88% der Mittel wurden in den drei Hauptemissionswährungen der Bank (EUR, GBP, USD) aufgenommen. Für Emissionen in 12 weiteren Währungen (12% der Mittelaufnahme) ist sie an die folgenden Märkte herantreten: beitretende Länder (CZK, HUF, PLN, SKK), andere europäische Länder (CHF, SEK, NOK), asiatisch-pazifischer Raum bzw. Japan (AUD, HKD, JPY, NTD) und Afrika (ZAR). Dies zeigt, dass die EIB bei ihrer Mittelbeschaffung weiterhin um Diversifizierung bemüht ist.

Bei den Aufnahmen in EUR war die Zunahme strukturierter Emissionen – in Form von Anleihen mit Kopplung an die Inflationsrate und von kündbaren Titeln – besonders ausgeprägt. Die wichtigsten Referenz-

anleihen im EUR-Bereich waren zwei neue Globalanleihen im Betrag von 5 Mrd EUR, die eine Laufzeit von 5 bzw. 10 Jahren haben. Das Gesamtvolumen der ausstehenden und an der EuroMTS gehandelten Euro-Referenzanleihen erhöhte sich auf 11 Emissionen im Umfang von rund 60 Mrd EUR. Bei der EuroMTS handelt es sich um eine führende elektronische Handelsplattform für die Titel staatlicher und anderer öffentlicher Emittenten. In USD nahm die Bank mehr als 13 Mrd auf, wobei das wichtigste Wachstumssegment strukturierte Anleihen waren. Im GBP-Bereich beliefen sich die Emissionen auf fast 5 Mrd. In diesem Segment sind vor allem die zunehmende Emissionstätigkeit auf dem Markt für Privatanleger und die wachsende Zahl der Anleihen mit Kopplung an die Inflationsrate hervorzuheben. Diese Fortschritte trugen dazu bei, die eindeutige Führungsposition der EIB bei den nichtstaatlichen Emittenten weiter auszubauen. Darüber hinaus verbesserte die Bank ihre Präsenz in Asien (insbesondere Japan), wo der größte Teil der Emissionen in JPY durchgeführt wurde. Die aufgenommenen Mittel stiegen deutlich auf 291 Mrd JPY (2,2 Mrd EUR), die durch insgesamt 120 strukturierte Operationen beschafft wurden (2002: 146 Mrd JPY/1,2 Mrd EUR).

Die auf Währungen der beitretenden Länder lautenden Emissionen haben sich gegenüber 2002 mehr als verdoppelt und beliefen sich auf den Gegenwert von 1,3 Mrd EUR. Damit wurde die Position der EIB als größter nichtstaatlicher Emittent in dieser Region und auf allen vier Inlandsmärkten, an die sie herantreten ist (CZK, HUF, PLN und SKK), gefestigt. Die gestiegene Mittelaufnahme in Landeswährung trug dazu bei, dass die EIB ihre Darlehensvergabe kontinuierlich ausweiten und ihre Position als wichtigster externer Darlehensgeber in der Region behaupten konnte. Hervorzuheben sind hier vor allem die wachsende Zahl von innovativ strukturierten Produkten und die außergewöhnlich langen Laufzeiten (insbesondere im CZK- und im SKK-Bereich).

Yvonne Berghorst
Hauptabteilung Information
und Kommunikation
 ☎ (+352) 4379 31 54
 y.berghorst@eib.org



Auszeichnungen für die Kapitalmarktaktivitäten im letzten Jahr

Um den wachsenden Bedarf an liquiden Mitteln zu decken, der aus ihrer Finanzierungstätigkeit und den ihr zugrunde liegenden Zielen der EU resultiert, hat die EIB erneut ihre Mittelaufnahme ausgeweitet. Ihre Mittelbeschaffungsstrategie und deren Umsetzung wurden vom Markt sehr positiv aufgenommen und mehrfach prämiert.

Auszeichnung für das wachsende Debt-Issuance-Programm

Die Mittelbeschaffungsstrategie der Bank war weiterhin durch Beständigkeit und Innovation gekennzeichnet. Dies äußerte sich in der Emission umfangreicher liquider Referenzanleihen in den drei Hauptwährungen (EUR, GBP, USD), während gleichzeitig die sich bietenden Möglichkeiten genutzt wurden, um strukturierte und auf spezielle Märkte bzw. Kunden abgestimmte Emissionen in verschiedenen Währungen zu begeben.

Die konkrete Umsetzung dieser Strategie war die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bank ihr Emissionsvolumen um 11% auf 42 Mrd EUR steigern konnte. Die Anzahl der Operationen erhöhte sich um 42% auf 310, die in 15 Währungen durchgeführt wurden.

Während die Bank weiterhin den größten Teil der benötigten Mittel durch die Emission von umfangreichen liquiden Referenzanleihen in den drei Hauptwährungen beschaffte, resultierte die Erhöhung des Volumens in erster Linie aus maßgeschneiderten strukturierten Anleihen in einer Vielzahl von Währungen.

Die strukturierten Emissionen (229 Operationen) erhöhten sich auf 9,3 Mrd EUR (nach 3,4 Mrd EUR durch 129 Operationen im Jahr 2002). Auf sie entfielen 22% der aufgenommenen Mittel. In Form nicht strukturierter Emissionen, einschließlich Referenzanleihen und auf spezielle Märkte bzw. Kunden ausgerichtete Anleihen, wurden durch 81 Operationen 32,8 Mrd EUR (78% der gesamten Mittelaufnahme) aufgenommen (gegenüber 34,6 Mrd EUR durch 90 Operationen im Jahr 2002, was 91% der gesamten aufgenommenen Mittel entsprach).

Der innovative Ansatz bei strukturierten Emissionen zeigte sich deutlich in der breiteren Palette der den Anlegern angebotenen Strukturen. Von besonderer Bedeutung waren die Einführung umfangreicher, vorzeitig kündbarer Anleihen in EUR und USD und die Schaffung der Basis für eine breite Palette von inflationsgebundenen Anleihen in Euro, was in der Anlagenklasse der EIB ein Novum darstellt.

Die EIB baute nicht nur ihre starke Präsenz auf den wichtigsten Kapitalmärkten weiter aus, sondern leistete auch einen Beitrag zur Entwicklung anderer Märkte, insbesondere in den der EU beitretenden Ländern. Die Emissionstätigkeit in den Währungen beitretender Länder hat sich mehr als verdoppelt und belief sich auf den Gegenwert von 1,3 Mrd EUR. Innovationen gab es sowohl bei den Produkten als auch bei den Laufzeiten und dem Emissionsvolumen, was zur Marktentwicklung beitrug.

Darüber hinaus ermöglichte es die Einrichtung eines vierten Pools liquider Mittel in der Währung eines beitretenden Staates (SKK, wobei CZK-, HUF-, und PLN-Treasuries bereits existieren), die Darlehensvergabe und die Mittelbeschaffung in diesen Währungen noch flexibler zu gestalten. Der Anstieg der Mittelaufnahme in Landeswährungen hat die weitere Zunahme der Finanzierungstätigkeit in diesen Währungen und die Position der EIB als größter externer Darlehensgeber bzw. wichtigster nichtstaatlicher Emittent in der Region gefördert.

Die positive Reaktion der Märkte auf die Mittelbeschaffungstätigkeit der EIB im Jahr 2003 zeigte sich darin, dass der Bank zahlreiche Auszeichnungen verliehen wurden. Besonders hervorzuheben sind drei Auszeichnungen, denen in der Anlagenklasse der Bank spezielle Bedeutung zukommt: „Supranationaler/Agency Emittent des Jahres“ (von Euromoney, Euroweek und der IFR). Ebenfalls ausgezeichnet wurde das „Euro-Medium Term Notes-Programm des Jahres“ (von der IFR), wobei hier der Schwerpunkt auf Flexibilität und Innovation lag.

Commercial Paper-Programm zur Deckung des Liquiditätsbedarfs

Mit ihrem globalen Commercial Paper-Programm kann die Bank auf flexiblere Weise ihren wachsenden Liquiditätsbedarf decken, der auf die zunehmend umfangreichere Mittelbeschaffungs- und Darlehensstätigkeit zurückzuführen ist. Ende 2003 stockte die Bank das Volumen ihres globalen Commercial Paper-Programms von 5 Mrd EUR auf 10 Mrd EUR auf. Gleichzeitig wurde die spezielle Händlergruppe für dieses Programm neu zusammengesetzt und erweitert.

Diese Verbesserungen – vor allem die angestrebte größere Liquidität und Flexibilität – dürften dazu führen, dass die Attraktivität des globalen Commercial Paper-Programms für Anleger steigt. Dadurch wird das Globalformat der Commercial Paper der EIB ergänzt, das es der Bank bereits jetzt ermöglicht, Titel in zahlreichen verschiedenen Währungen zu begeben und günstige Refinanzierungsmöglichkeiten sowohl in Europa als auch in den USA zu nutzen.

*Peter Munro,
Leiter der Abteilung Investor
Relations und Marketing,
Hauptabteilung Kapitalmärkte*

Im Jahr 2003 unterzeichnete Emissionen

(Mio EUR)

	vor Swaps		nach Swaps	
EUR	17 318	41,1%	22 931	54,7%
GBP	7 175	17,0%	7 393	17,6%
SEK	442	1,1%	659	1,6%
EU insgesamt	24 935	59,2%	30 983	73,9%
AUD	470	1,1%	0	0,0%
CHF	161	0,4%	161	0,4%
CZK	678	1,6%	521	1,2%
HKD	122	0,3%	0	0,0%
HUF	339	0,8%	270	0,6%
JPY	2 201	5,2%	0	0,0%
NOK	226	0,5%	0	0,0%
PLN	156	0,4%	174	0,4%
SKK	94	0,2%	94	0,2%
TWD	180	0,4%	0	0,0%
USD	12 375	29,4%	9 665	23,1%
ZAR	153	0,4%	44	0,1%
Drittwährungen insgesamt	17 155	40,8%	10 928	26,1%
Insgesamt	42 090	100%	41 911	100%

Die Internationalisierung der Produktion in Europa



A. Steinherr,
P. Maystadt,
E. Perée

Im zweiten Vortrag erörterte **Kristian Uppenberg** von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der EIB die Bestimmungsfaktoren für ausländische Direktinvestitionen und die Frage, ob ausländische Direktinvestitionen das Wirtschaftswachstum im Empfängerland positiv beeinflussen. Anhand von umfangreichem Forschungsmaterial wies er nach, dass ausländische Direktinvestitionen von einer breiten Vielfalt von Faktoren angezogen werden. Einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für ausländische Direktinvestitionen ist die Größe und die geografische Entfernung des Empfängerlandes. Wirtschaftliche Grundbedingungen wie diese motivieren weltweit etwa die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen. Die übrigen Faktoren sind im Wesentlichen wirtschaftspolitischer Natur. Allerdings zeigen Untersuchungen, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen, die ausländische Direktinvestitionen anziehen, nicht auf spezifische Anreize für ausländische Investoren beschränkt sind. Vielmehr werden ausländische Direktinvestitionen durch ein wirtschaftspolitisches und regulatorisches Umfeld angezogen, das für in- und ausländische Unternehmen gleichermaßen günstig ist. Hierzu zählt die Freiheit des Handels, aber auch wie gut und frei die Güter- und Faktormärkte funktionieren können. Weitere letztlich politisch bestimmte Faktoren sind die Infrastruktur und das Humankapital des Empfängerlandes.

Die meisten Daten deuten auf eine sehr enge Verbindung zwischen dem Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und dem Wirtschaftswachstum hin. Weniger sicher ist hingegen, ob ausländische Direktinvestitionen die Ursache für ein hohes Wachstum sind, oder ob schneller wachsende Volkswirtschaften einfach mehr ausländische Investoren anziehen. In Mittel- und

Anlässlich der jährlichen EIB-Tagung zu Wirtschaft und Finanzen kamen am 22. Januar wieder Fachleute aus zahlreichen Ländern zusammen, um ein Thema zu erörtern, das eng mit der Aufgabe der EIB zusammenhängt. Die diesjährige Tagung war der „Internationalisierung der Produktion in Europa“ gewidmet – einem Thema, das von großer Bedeutung für die Tätigkeit der EIB ist. Viele Darlehensnehmer der Bank aus dem privaten Sektor sind internationale Unternehmen. Als eine an politischen Vorgaben orientierte Bank muss die EIB verstehen, wie internationale Konzerne und ausländische Direktinvestitionen die Wirtschaftsleistung der EU beeinflussen. Die Tagung befasste sich mit verschiedenen Aspekten dieses Themenkomplexes, u.a. mit dem Einfluss ausländischer Direktinvestitionen auf Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Regionalentwicklung.

Zbigniew Zimny von der Welthandelskonferenz (UNCTAD, United Nations Conference on Trade and Development) begann die Tagung mit einem Vortrag über die langfristigen Tendenzen in der internationalen Produktion. Er stellte fest, dass die Bedeutung internationaler Unternehmen in der globalen Produktion dramatisch gestiegen ist. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen entspricht heute rund 20% des globalen BIP (gegenüber nur 6% vor 20 Jahren). Den größten Anteil an diesem globalen Aufwärtstrend haben nicht Investitio-

nen „auf der grünen Wiese“, sondern Fusionen und Übernahmen. Darüber hinaus erfolgten vier Fünftel dieser ausländischen Direktinvestitionen zwischen entwickelten Ländern. Die von EU-Ländern in den letzten zehn Jahren in der restlichen Welt getätigten ausländischen Direktinvestitionen überstiegen die in entgegengesetzter Richtung fließenden Investitionen erheblich. Innerhalb der EU selbst fanden grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen aufgrund der fortschreitenden Integration jedoch in noch größerem Ausmaß statt.

Z. Zimny



K. Uppenberg



A. Kokko



J. Konings



M. Sass



Osteuropa deutet mehr darauf hin, dass ausländische Direktinvestitionen tatsächlich direkt das Wachstum antreiben. Mehrere neue Studien haben gezeigt, dass ausländische Direktinvestitionen entscheidend und in einer Weise, die das Wachstum direkt gefördert hat, zur Transformation dieser Volkswirtschaften beigetragen haben.

Ausländische Direktinvestitionen beeinflussen das Wachstum auf mehreren Wegen, die jedoch in den verschiedenen Ländern von unterschiedlicher Bedeutung sind. Während Länder mit mittleren Einkommen wie in Mittel- und Osteuropa oft durch höhere Inlandsinvestitionen von ausländischen Direktinvestitionen profitieren, ist dies in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, in denen die Investitionstätigkeit nicht unbedingt durch Finanzierungsengpässe behindert wird, nicht generell der Fall. Der Hauptmechanismus, durch den ausländische Direktinvestitionen in entwickelten Volkswirtschaften wie den EU-Ländern das Wachstum beeinflussen, ist die Einführung von neuen Technologien und Managementpraktiken in übernommenen Gesellschaften durch die ausländischen Eigentümer, wodurch die Leistungsfähigkeit dieser Firmen gesteigert wird.

Jozef Konings von der Katholischen Universität Leuven erweiterte die Diskussion über den Einfluss ausländischer Direktinvestitionen um den Aspekt der Beschäftigung und der Löhne. Als Ausgangspunkt wählte er die weitverbreitete Befürchtung, „ungebremste Multis“ könnten immer weiter die Standorte mit den niedrigsten Löhnen wählen, und ausländische Direktinvestitionen würden mit weit verbreiteten Arbeitsplatzverlusten in den reicheren Ländern einhergehen. Er räumte ein, dass die Lohnkosten in den beitretenden Ländern deutlich niedriger als in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten sind, jedoch ist auch die Arbeitsproduktivität geringer. Betrachtet man die Lohnkosten pro Einheit, so sind die Vorteile einer Verlagerung der Produktion in den Osten weit geringer, als die Lohnkosten allein vermuten lassen. Tatsächlich ist nach Ansicht von Konings die Verlagerung der Beschäftigung in die Niedriglohnregionen Südeuropas oder Mittel- und Osteuropas nicht der Haupttrend; vielmehr habe die Verlagerung der Arbeitsplätze infolge ausländischer Direktinvestitionen primär innerhalb der reicheren Länder Nord- und Westeuropas stattgefunden. Ausländische Direktinvestitionen im Süden und Osten seien mehr von dem Wunsch motiviert gewesen, neue Marktchancen zu nutzen, als von der Verlockung niedriger Löhne. Folglich habe die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch ausländische Direktinvestitionen in diesen Regionen nicht notwendigerweise ähnliche Arbeitsplätze in den Her-

kunftsändern der Investoren vernichtet.

Ari Kokko von der Handelshochschule Stockholm untersuchte die Rolle ausländischer Direktinvestitionen in der Regionalentwicklung und die Möglichkeiten der Politik, die Standortwahl für ausländische Direktinvestitionen zu beeinflussen. Kokko stellte fest, dass wirtschaftliche Integration, wie sie innerhalb der EU zu beobachten ist, tendenziell zur Konzentration der Produktion an bestimmten Standorten führt – besonders in Branchen, die von Skaleneffekten profitieren. Da diese Clusterbildung auch bestimmend dafür ist, wo ausländische Direktinvestitionen erfolgen, dürften diese kein entscheidendes Instrument zur Entwicklung abgelegener oder benachteiligter Regionen sein. Die Regionalförderung der EU kann dazu beitragen, einen Teil dieser Investitionen in Randregionen zu lenken, doch insgesamt sah Ari Kokko keine überzeugenden Belege dafür, dass solche Anreize stark genug sind, um die aus der EU-Integration resultierenden regionalen Einkommensdisparitäten auszugleichen. In einer Fallstudie über die Regionalförderung in Schweden stellte Kokko fest, dass die Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie in Fördergebieten bei Unternehmen in ausländischem Besitz stieg und bei Unternehmen in schwedischem Besitz zurückging. Allerdings wurde dieser Unterschied auch außerhalb der Fördergebiete beobachtet. Kokko kommt zu dem Schluss, dass ausländische Direktinvestitionen angesichts dieser Ergebnisse und der eindeutigen Konzentration ausländischer Direktinvestitionen auf wenige große Cluster schwerlich als wirksames Instrument der Regionalentwicklung angesehen werden können.

Magdolna Sass von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften referierte über den Einfluss ausländischer Direktinvestitionen in beitretenden Ländern – insbesondere in Ungarn, dem ersten unter diesen Ländern, das sich in großem Umfang für ausländischen Besitz an Produktionsanlagen öffnete. Dies verschaffte Ungarn die Vorteile des Vorreiters, was sich in seiner Fähigkeit niederschlug, in den ersten Jahren des Transformationsprozesses einen überproportionalen Anteil der ausländischen Direktinvestitionen anzuziehen. Dadurch konnte der Unternehmenssektor schneller transformiert und die Wirtschaft auf ei-

nen soliden Wachstumspfad gebracht werden. Die Investitionen in Ungarn wurden überwiegend von Unternehmen in ausländischem Besitz durchgeführt. In den letzten Jahren ging Ungarns Anteil am Zufluss ausländischer Direktinvestitionen jedoch zurück, da die Privatisierung abgeschlossen ist und auch andere Länder sich mehr für ausländische Direktinvestitionen geöffnet haben. Zum Teil – aber keineswegs ausschließlich – ist dieser Rückgang darauf zurückzuführen, dass Ungarn reinvestierte Gewinne im Unterschied zu den meisten anderen Ländern nicht in die ausländischen Direktinvestitionen einbezieht. Diese statistische Diskrepanz ist immer problematischer geworden, da der Anteil der reinvestierten Gewinne an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in den letzten Jahren steil angestiegen ist. In jüngster Zeit wurde der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Ungarn auch durch Bedenken hinsichtlich seiner makroökonomischen Stabilität, insbesondere was den Anstieg des Haushaltsdefizits und des Lohnniveaus betrifft, beeinträchtigt. Da Ungarns Stellung als attraktiver Produktionsstandort in der Region wachsendem Wettbewerb ausgesetzt ist, wird eine solide Wirtschaftspolitik um so wichtiger.

Gábor Hunya vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche präsentierte eine Fallstudie über ausländische Direktinvestitionen in den Baltischen Staaten, die veranschaulichte, wie stark geografische Faktoren die Standortwahl multinationaler Unternehmen beeinflussen. In Estland und Lettland herrschen Investoren aus den nordischen Ländern vor. Einerseits haben ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Rolle für die Finanzierung von Investitionen in diesen Ländern gespielt. Andererseits lässt ihre sektorale Verteilung einen möglichen Nachteil der geringen Größe dieser Volkswirtschaften erkennen. Die ausländischen Direktinvestitionen in den Baltischen Staaten dienen zum großen Teil der Erschließung von Märkten in Dienstleistungsbranchen, z.B. dem Finanzsektor. Investitionen in produzierenden Sektoren – speziell in hochtechnologischen Branchen – waren dagegen relativ begrenzt. Dies wirft die Frage auf, ob das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften und die Infrastruktur in diesen Ländern möglicherweise nicht angemessen waren, um große produzierende Unternehmen anzuzie-

hen. Es besteht ein Risiko, dass der breitere volkswirtschaftliche Nutzen ausländischer Direktinvestitionen entsprechend geringer ist, da die positiven Spillover-Effekte ausbleiben.

Im letzten Vortrag präsentierte **Thierry Mayer** vom Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales in Paris eine Fallstudie über die Standortwahl ausländischer Investoren in Frankreich. Anhand detaillierter Regionaldaten über Betriebe ausländischer Eigentümer in Frankreich konnte er sich mit einer Reihe wichtiger Fragen befassen, die für andere Länder mangels ausreichender Daten nicht beantwortet werden können. So stellte er in seiner Studie fest, dass ausländische Investoren dazu neigen, Standorte in Regionen zu wählen, die ihren Heimatländern näher sind, dass diese geografische Tendenz jedoch mit der Zeit schwächer wird. Unter Berücksichtigung der Daten über regionale Subventionen fand er auch wenig Anzeichen dafür, dass eine derartige finanzielle Unterstützung großen Einfluss auf die Standortwahl ausländischer Investoren hatte. In den meisten Fällen sind die grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren viel wesentlicher für diese Entscheidung, und Subventionen können den Investor nicht von seiner ursprünglichen Wahl abbringen. Mayer stellte fest, dass dies insbesondere für Branchen mit stärkerer Clusterbildung und stärkeren positiven Spillover-Effekten zutrifft, d.h. gerade für die Industriezweige, die den größten volkswirtschaftlichen Nutzen bringen könnten, wenn sie mit Erfolg in Regionalfördergebiete umgesiedelt werden könnten. Nach Mayers Studie scheinen nur italienische Investoren in signifikantem Ausmaß von Regionen angezogen zu werden, die Investitionsbeihilfen erhalten, allerdings gilt dies typischerweise für Industriezweige mit relativ geringfügigen positiven Spillover-Effekten. Somit ist selbst hier der Nutzen öffentlicher Beihilfen relativ gering.

Der achte eingeladene Referent, **Frank Barry** vom University College in Dublin, musste leider in letzter Minute seine Teilnahme an der Tagung krankheitshalber absagen. Die wichtigsten Punkte seines Beitrags sind jedoch erwähnenswert. In einer Fallstudie der ausländischen Direktinvestitionen in Irland kommt Barry unter anderem zu dem Ergebnis, dass Irlands Erfolg als Empfänger hoher ausländischer Di-



G. Hunya



T. Mayer

rektinvestitionen nicht leicht von anderen EU-Ländern wiederholt werden kann. Irlands Fähigkeit, sehr umfangreiche ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, war das Ergebnis zahlreicher Faktoren, die nur zum Teil durch die Wirtschaftspolitik beeinflusst wurden. Zu diesen beeinflussbaren Faktoren gehörten steuerliche Vorteile, eine bessere makroökonomische Politik, Deregulierung und eine deutliche Verbesserung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften. Andere Faktoren wie die enge kulturelle und sprachliche Verbindung mit den USA (die der wichtigste Investor von außerhalb der EU waren) und relativ wettbewerbsfähige Lohnkosten dürften entscheidend dazu beigetragen haben, dass Irland von multinationalen Unternehmen außerhalb der Region, die eine Produktionsbasis in Europa suchten, als Standort gewählt wurde. Diese zweite Gruppe von Faktoren ist von anderen EU-Ländern nicht leicht zu reproduzieren, so dass Irlands Erfolg eher atypisch ist.

Insgesamt waren diese interessanten Vorträge und die daran anschließenden Diskussionen wertvoll für die weitere Untersuchung des Themas der ausländischen Direktinvestitionen und der Internationalisierung der Produktion und halfen den Teilnehmern, das wirtschaftliche Umfeld für die Tätigkeit der Bank besser zu verstehen.

Die Vorträge werden demnächst als Band 9 der EIB Papers veröffentlicht.

Kristian Uppenberg
Abteilung Wirtschafts- und
Finanzstudien



Erste Sitzung des FEMIP-Expertenausschusses

Die erste Sitzung des Experten Ausschusses der „Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer“ (FEMIP) fand am 16. und 17. Februar 2004 in Marseille unter dem Vorsitz von EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive statt.

Aufgabe dieses Ausschusses ist es, Ansätze und Vorschläge zu entwickeln und dem Ministerausschuss für die FEMIP praktische und operationelle Empfehlungen zu unterbreiten. Er setzt sich aus den Wirtschafts- und Finanzministern der Union und der Partnerländer des Mittelmeerraums zusammen.

Die Sitzung des Experten Ausschusses in Marseille wurde von Bürgermeister **Jean-Claude Gaudin** eröffnet und von **Renaud Muselier**, französischer Staatssekretär beim Minister für auswärtige Angelegenheiten, beendet. Wie Bürgermeister Gaudin in seiner Eröffnungsrede sagte, sei er stolz darauf, dass seine Stadt erneut als Tagungsort der EIB und der Finanzminister der 27 Europa-Mittelmeer-Partner gewählt wurde. Er fügte hinzu, dass der Frieden zwischen den Völkern des Mittelmeerraums auf gegenseitigem Verständnis und Respekt basiert und durch die Teilung des Wohlstands untermauert wird.

EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive bemerkte seinerseits: „Bereits im April 2003 wurde in Marseille eine Konferenz der EIB zum Thema „Nachhaltige Investitionen im Mittelmeerraum“ abgehalten. Zum damaligen Zeitpunkt wurde der Rahmen für die Tätigkeit der FEMIP abgesteckt, und diese Zusammenkunft ermöglichte es, Prioritäten und Ziele der FEMIP festzulegen: Förderung der Entwicklung des privaten Sektors sowie ausländischer Direktinvestitionen in den Partnerländern zur Vorbereitung auf die Zollunion zwischen der EU und den Mittelmeerdriftländern, die 2010 in Kraft treten soll.“

Die verstärkte FEMIP

Philippe de Fontaine Vive fügte hinzu: „Die FEMIP hat nicht nur ihre Ziele erreicht, sondern der Europäische Rat hat auf seiner Tagung im Dezember 2003 beschlossen, die Rolle dieses Instruments auf Vorschlag der EIB weiter zu stärken. Unsere zweitägige Sitzung in

Marseille hat konkrete Ergebnisse gebracht, indem dem Experten Ausschuss die Aufgabe übertragen wurde, die jährlich stattfindenden Zusammenkünfte der Wirtschafts- und Finanzminister, die als ECOFIN für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer anzusehen sind, vorzubereiten. In diesem Zusammenhang stellt die verstärkte FEMIP das Schlüsselinstrument für eine enge Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Partnern dar. Sie unterstützt die institutionellen Reformen, die in den Verantwortungsbereich der einzelnen Partnerländer fallen. Dies geschieht in enger Abstimmung mit den anderen wichtigsten Geldgebern, und ich bin zuversichtlich, dass in Kürze ein strategisches Partnerschaftsabkommen zwischen der EIB, der Weltbank-Gruppe und der Kommission zur Intensivierung unserer Zusammenarbeit geschlossen werden wird.“

Die 70 Mittelmeerraum-Experten befassten sich schwerpunktmäßig mit zwei Themen – den Privatisie-



2003 wurden im Rahmen der FEMIP 2,1 Mrd EUR bereitgestellt, wovon 740 Mio für ausländische Direktinvestitionen und 400 Mio für KMU in den Partnerländern des Mittelmeerraums bestimmt waren. Gemessen an den Finanzierungen hat die FEMIP damit gezeigt, dass sie die an sie gestellten Erwartungen und Erfordernisse erfüllen konnte. Sie muss sich jetzt als der Maßstab für die Qualität des Dialogs zwischen Europa und den Mittelmeerpartnerländern durchsetzen. Von entscheidender Bedeutung wird natürlich die Sitzung des Ministerausschusses für die FEMIP sein, die am 7. und 8. Juni 2004 in Alexandria stattfinden wird.“

rungen und dem Zugang privater Unternehmen zu den verschiedenen Finanzierungsquellen – und formulierten folgende Schlussfolgerungen:

- **Privatisierungen in den Partnerländern:** In den Diskussionen wurde die Bedeutung der Festlegung eines angemessenen regulatorischen Rahmens besonders hervorgehoben. Die FEMIP kann zur Vorbereitung der Privatisierungsvorhaben und zur Bereitstellung von Finanzierungsinstrumenten wie Risikokapital, langfristige Darlehen und technische Unterstützung beitragen.
- **Zugang privater Unternehmen zu den verschiedenen Finanzierungsquellen:** Hier müssen sich die Aktivitäten in erster Linie auf die drei folgenden Bereiche konzentrieren:

den Bankensektor: Reformierung des Bankensektors mit dem Ziel einer stärkeren Konzentration und einer Öffnung für den internationalen Wettbewerb; Verbesserung der Dienstleistungsqualität; Mitarbeiterfortbildung insbesondere im Bereich der Kreditrisikoanalyse und der Verwertung von dinglichen Sicherheiten;

die Unternehmen: Erhöhung der Transparenz der Abschlüsse und Entwicklung der Partnerschaft mit anderen Investoren;

die Finanzierungsprodukte: Entwicklung neuer Produkte (Leasing, Risikokapital, Finanzdienstleistungen)

gen) und neuer Strukturen (Investitionsfonds, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Investmentbanken, Garantiefonds).

In seiner Abschlussrede bemerkte Philippe de Fontaine Vive: „Im Jahr

Helen Kavvadia
Hauptabteilung Information
und Kommunikation
 ☎ (+352) 43 79 3146
 h.kavvadia@eib.org

Vorausgegangene FEMIP-Sitzungen

Die letzte Sitzung des Ministerausschusses der FEMIP fand am 10. und 11. November 2003 in Neapel statt. Am 16. Januar 2004 hielten die EIB und der marokkanische Unternehmerverband CGEM in Casablanca eine Konferenz ab, die unter der Schirmherrschaft Seiner Majestät des Königs von Marokko Mohammed VI stattfand und deren Ziel es war, den Industrie- und den Finanzsektor sowie in Marokko vertretene Berufsverbände über die durch die neue FEMIP eröffneten Möglichkeiten zur Förderung des privaten Sektors in den Mittelmeerpartnerländern zu informieren. Eine weitere Konferenz wurde am 22. Januar 2004 in Zusammenarbeit mit der britischen Regierungsbehörde zur Investitions- und Exportförderung (UK Trade & Investment) und der Middle East Association (MEA) organisiert, um die in London vertretenen Industrie- und Finanzkreise sowie Berufsverbände ebenfalls über die von der FEMIP gebotenen Möglichkeiten zur Unterstützung der Privatwirtschaft in den Mittelmeerpartnerländern der EU zu informieren.

Weitere Auskünfte über die Tätigkeit der EIB in den Partnerländern des Mittelmeerraums seit 1974, dem Jahr, auf das die Ursprünge der Fazilität zurückgehen, das wirtschaftliche Umfeld in diesen Ländern und die Sitzungen des Ministerausschusses für die FEMIP sind auf der Website der Bank in dem Kapitel über die Mittelmeerpartnerländer abrufbar.



Projekt im Mittelpunkt: das Programm „Hôpitaux de France“



In den EIB-Informationen werden regelmäßig einzelne Projekte vorgestellt, die sowohl aufgrund ihrer innovativen Merkmale in finanzieller, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht als auch aufgrund ihres beispielhaften Charakters im Hinblick auf die Ziele der Bank von Interesse sind.

Unterstützung des „Krankenhausplans 2007“

Die Europäische Investitionsbank und das französische Ministerium für Gesundheit haben im Dezember 2003 eine Grundsatzvereinbarung über Finanzierungen im französischen Krankenhaussektor abgeschlossen. Auf dieser Grundlage wird die EIB im Rahmen des „Krankenhausplans 2007“ mit dem französischen Staat und den beteiligten Bankinstituten zusammenarbeiten. Die Grundsatzvereinbarung wurde in Paris von **Jean-François Mattei**, Minister für Gesundheit, Familie und behinderte Menschen, und **Philippe de Fontaine Vive**, Vizepräsident der EIB, unterzeichnet.

Der „Krankenhausplan 2007“ soll die beschleunigte Modernisierung der französischen Krankenhäuser ermöglichen, indem diese bei der Durchführung von Maßnahmen unterstützt werden, die im betreffenden Fünfjahreszeitraum aufgrund von Haushaltsengpässen nicht realisierbar gewesen wären.

Im Rahmen dieses Plans wird der französische Staat den ihm unterstehenden Krankenhauseinrichtungen zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, die pro Jahr Investitionen von etwa 1,2 Mrd EUR – bzw. ein Gesamtvolumen von 6 Mrd EUR in fünf Jahren – ermöglichen werden. Diese Mittel ergänzen die Investitionen, die die Krankenhauseinrichtungen pro Jahr aus eigenen Mitteln durchführen. Insgesamt sollen in fünf Jahren zusätzliche Investitionen von nahezu 10 Mrd EUR getätigt werden, wovon mehr als die Hälfte durch Außenfinanzierungsmittel aufgebracht werden.

Das Programm „Hôpitaux de France“

Im Rahmen des aus dieser Vereinbarung hervorgegangenen Programms „Hôpitaux de France“ kann die Bank für die Finanzierung von Vorhaben mittelgroßer Krankenhauseinrichtungen in Frankreich insgesamt 500 Mio EUR bereitstellen. Bei den in Frage kommenden Krankenhäusern handelt es sich um Einrichtungen des öf-

fentlichen Gesundheitswesens sowie um private, der öffentlichen Krankenhausversorgung angegliederte Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die jeweils mehrjährige Investitionsprogramme mit einem Volumen von 25 bis 150 Mio EUR haben.

Für die Umsetzung ihres Programms arbeitet die EIB mit zwei der größten Bankinstitute Frankreichs – Dexia Crédit Local und Caisse d'Épargne-Gruppe – zusammen, die die meisten Darlehen an den französischen Krankenhaussektor gewähren. Die Regionaldirektionen und die Geschäftsstellen dieser beiden Partnerinstitute haben sich an der Ermittlung der Vorhaben beteiligt, die einen Finanzierungsbeitrag der EIB mit langen Laufzeiten und günstigen Zinskonditionen erhalten werden. Dabei wurden rund hundert Einrichtungen ausgewählt. Ihre Vorhaben betreffen die Sanierung oder Erweiterung von Krankenhauskomplexen, den Bau neuer Krankenhauseinrichtungen, die Umstrukturierung der medizinischen und/oder medizinisch-technischen Dienste, die Erstellung von logistischen oder technischen Basiseinrichtungen, die die Versorgung mehrerer Einrichtungen eines Krankenhauses ermöglichen, sowie die Renovierung bestehender Krankenhäuser usw. Mehr als die Hälfte der ermittelten Vorhaben werden in Regionalentwicklungsgebieten durchgeführt.

Eine vollständige Finanzierungspalette

Durch die Einrichtung dieses Programms ergänzt die EIB die Palette ihrer Finanzierungen im französischen Gesundheitswesen, wobei ihre Tätigkeit drei Ebenen umfasst:

- Durch direkt oder unter Zwischenschaltung von Finanzinstituten bereitgestellte Einzeldarlehen gewährt sie großen Krankenhauseinrichtungen einen Teil der langfristigen Außenfinanzierungsmittel, die diese für die Vervollständigung ihres Finanzierungsplans benöti-

gen. So haben das Centre Hospitalier in Fort de France, das Centre Hospitalier Universitaire (CHU) in Straßburg, die Hospices Civiles in Lyon und das CHU in Toulouse im Rahmen von mehrjährigen Abkommen Zugang zu Mitteln der Bank erhalten.

- Sie bietet den mittelgroßen Krankenhauseinrichtungen durch ihr Programm „Hôpitaux de France“ in Zusammenarbeit mit der Dexia und den Caisses d'Épargne optimierte Finanzierungen an.
- Sie stellt Bankinstituten zusätzliche Mittel in Form von sogenannten Globaldarlehen zur Verfügung, um ihnen die Verbesserung ihres Finanzierungsangebots für kleinere Vorhaben im Gesundheitssektor zu ermöglichen.

Die EIB hat das Programm „Hôpitaux de France“ im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Verbesserung des Gesundheitswesens in Europa erarbeitet. Dieses Ziel gehört seit 1997 zu den Prioritäten der EIB, die mit ihren Finanzierungen in den benachteiligten Regionen den Zugang zu Gesundheits- und Krankenhausdiensten verbessert und damit zum



sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union beiträgt.

Seither hat die EIB für die technische Modernisierung sowie für den Bau und die Ausstattung von Krankenhäusern und Einrichtungen des Gesundheitswesens in der Europäischen Union nahezu 4,5 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. Außerhalb der EU hat sie das Gesundheitswe-

sen in Polen, Syrien, Tunesien, Serbien und Zypern mit Darlehen im Gesamtbetrag von rund 330 Mio EUR unterstützt.

Sabine Parisse
Hauptabteilung Information und Kommunikation
☎ (+352) 43 79 31 38
s.parisse@eib.org

Die Europäische Investitionsbank in der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen

Der Präsident der EIB, Philippe Maystadt, hat am 20. November 2003 erstmals eine Rede in der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen in Brüssel gehalten.

Die Einladung des Ausschusses steht in Einklang mit der von der Bank verfolgten Strategie der Öffnung gegenüber und des Dialogs mit den anderen Gemeinschaftsinstitutionen und -organen. Sie hat der Bank die Gelegenheit geboten, den gewählten Vertretern der Regionen und Kommunen die Rolle der EIB-Gruppe, die operativen Prioritäten der Bank, ihren Beitrag zur „Aktion für Wachstum“ und die Bedeutung des EIF als Investor in Risikokapitalfonds insbesondere in Ziel-1-Gebieten vorzustellen. Der Präsident hat gegenüber den Mitgliedern des Ausschusses die vorrangige Bedeutung bekräftigt, die die Bank der Regionalentwicklung und dem

wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in einem erweiterten Europa beimisst.

Dieser Meinungsaustausch hat jedoch gezeigt, dass die Bank selbst auf der Ebene der Gemeinschaftsorgane noch nicht ausreichend bekannt ist. Verschiedene Mitglieder haben im Übrigen die unzureichende Bekanntheit der Bank bedauert und einige verwechseln noch die Rolle der EZB mit der der EIB.

Die Darstellung der EIB hat bei den Mitgliedern des Ausschusses reges Interesse hervorgerufen. So hat Bas Verkerk, der stellvertretende Bürgermeister von Den Haag, den Wunsch geäußert, die Bank mit ei-



ner Gruppe von gewählten Bürgervertretern der Stadt zu besuchen. Dieser Besuch wird am 20. Februar stattfinden.

Fabienne De Maertelaer
Büro in Brüssel

EIB-Gruppe eröffnet Vertretungsbüro in Paris

Die Europäische Investitionsbank-Gruppe hat vor Kurzem ein Vertretungsbüro in Paris eröffnet. Damit wird die Strategie der Annäherung an die Akteure und Institutionen, mit denen die Gruppe zusammenarbeitet, weiterverfolgt. Aufgabe dieses Büros wird es sein, die Beziehungen zu den internationalen Nicht-Gemeinschaftsorganisationen zu pflegen und die Tätigkeit der Bank von der französischen Hauptstadt aus zu unterstützen.



Das Büro der EIB-Gruppe in Paris, das seine Arbeit Mitte Januar aufgenommen hat, wird engere Beziehungen zu den internationalen Einrichtungen und Organisationen, die ihren Sitz oder eine Vertretung in Paris haben, ermöglichen. Dies gilt insbesondere für die Weltbank-Gruppe, die OECD, die Entwicklungsbank des Europarats, jedoch auch für andere Organisationen, die mit der Bank und ihrer Tochtergesellschaft, dem Europäischen Investitionsfonds, Interessensgebiete teilen.

Eine weitere Aufgabe des Büros wird es sein, die Beziehungen der EIB-Gruppe zu den französischen Behörden, mit denen sie in Kontakt steht, zu vertiefen, sowie zu Politikern und zu französischen Regierungsstellen, die sich über ihre Tätigkeit informieren wollen. Die Wirtschaftsakteure, die in den Bereichen tätig sind, die für Finanzie-

rungen der Bank und des EIF in Betracht kommen, werden in dem neuen Büro ebenfalls Unterstützung bei ihren Kontakten mit allen Direktionen der Gruppe finden, und zwar insbesondere mit denen, die an der Umsetzung der Operationen beteiligt sind.

Die Eröffnung des Büros ist Teil einer Strategie der Annäherung an die institutionellen und operativen Partner. Ziel ist es dabei, die Tätigkeit der EIB zur Unterstützung der Ziele der Europäischen Union sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in ihren Partnerländern besser bekannt zu machen. So hat die EIB neben ihrem Vertretungsbüro bei den Europäischen Institutionen in Brüssel und ihren Büros in der EU im letzten Juni in Kairo ihr erstes Büro außerhalb der Union eingerichtet. Im Rahmen der FEMIP-Aktivitäten plant die Bank die Eröffnung weiterer Büros in den Maghreb-Län-

dern und beabsichtigt gleichzeitig die Einrichtung von Vertretungsbüros in Afrika, um ihre Finanzierungstätigkeit im Rahmen der Investitionsfazilität des Abkommens von Cotonou unterstützen zu können.

Henry Marty-Gauquié
Direktor - Kontakte zu den internationalen Organisationen
Büro der EIB-Gruppe in Paris

Die Adresse und die Telefon-/Telefaxnummern des Büros lauten wie folgt:

Europäische Investitionsbank
Büro Paris
21, rue des Pyramides
F-75001, Paris

☎ (+33-1) 55 04 74 55
☎ (+33-1) 42 61 63 02

Ernennungen und neue Organisationsstrukturen in der EIB

Neuer Finanzcontroller

Luis Botella Morales wurde im Dezember 2003 zum Finanzcontroller der Bank ernannt.



Luis
BOTELLA

Herr Botella, der eine Ausbildung zum Wirtschaftsprüfer hat, kam 1987 zur EIB, wo er für die Buchhaltung und insbesondere für die Anpassung der Rechnungslegung der Bank an die internationalen Standards und europäischen Richtlinien zuständig war. 1990 wurde er zum Leiter der Abteilung „Allgemeine Buchhaltung“ in der Direktion für Finanzen ernannt und 1998 mit der Koordination der Euro-Einführung betraut. Herr Botella wurde 1999 zum stellvertretenden Direktor und damit ins Senior Management der Bank befördert und gehörte anschließend der im Juli 2000 neu geschaffenen Autonomen Hauptabteilung „Finanzkontrolle“ an. Von Februar 2002 bis zu seiner Ernennung war Luis Botella Morales stellvertretender Direktor der Finanzkontrolle.

Neue Direktoren

Alain Godard wurde im Januar 2004 zum Direktor der neuen Hauptabteilung „Finanzielle und Operative Risiken“ der Direktion für Risikomanagement ernannt.



Alain
GODARD

Seit 1999 leitete Herr Godard in der Direktion für Finanzen die Abteilung „Finanzierungsgrundsätze, Aktiv-Passiv-Management und Kontrolle der Marktrisiken“. Zum Zeitpunkt seiner Ernennung war er außerdem mit der Leitung des ISIS-Projekts betraut und insbesondere für den Teilbereich Finanzen und Risiken zuständig. Er wird diese Aufgabe weiterhin parallel zu seiner neuen Funktion wahrnehmen. Alain Godard trat 1994 als Volkswirt in die Bank ein. Seit 1995 war er für verschiedene Aufgaben und Projekte in den Bereichen Aktiv-Passiv-Management, Risikomanagement und Controlling zuständig. Bevor er zur Bank kam, war Herr Godard für Price Waterhouse in Paris und London als Berater für Banken und Finanzunternehmen tätig. Herr Godard hat Wirtschaft und Finanzen studiert und am Institut Commercial de Nancy einen MBA-Abschluss erworben. Er ist außerdem diplomierter Wirtschaftsprüfer.

Francisco de Paula Coelho wurde mit Wirkung vom 1. April 2004 zum Direktor der Hauptabteilung „Asien und Lateinamerika“ der Direktion für Finanzierungen außerhalb Europas ernannt.



Francisco
DE PAULA COELHO

Herr Coelho hat einen Abschluss der Ecole Solvay der Freien Universität Brüssel und war nacheinander als Finanzanalyst bei der UNIDO, als Assistenzprofessor für Wirtschaft an der Universität Lissabon sowie als Investitionsberater für Schwellenländer in New York tätig, bevor er zur Weltbank ging. Er trat 1987 in die EIB ein und war zunächst als Kreditreferent für die AKP-Staaten zuständig. 1989 wechselte er in die Direktion für Finanzen, wo er zuerst in der Hauptabteilung „Treasury“ das Management des Anleihe-Portfolios und anschließend die Leitung des „Back-Office Darlehen“ übernahm. Im Jahr 2000 wurde Francisco de Paula Coelho zum Direktor der Hauptabteilung „Planung und Abwicklung“ ernannt.

Grammatiki Tsingou-Papadopetrou wurde im Januar 2004 zur Direktorin der Hauptabteilung „Südosteuropa“ der Direktion für Finanzierungen in Europa ernannt.

Frau Tsingou, Bauingenieurin und Volkswirtin mit Abschlüssen der Universitäten Thessaloniki (Griechenland) und Bristol (Vereinigtes Königreich), kam 1985 zur EIB, nachdem sie zuvor im griechischen Ministerium für Umwelt, Raumordnung und öffentliche Arbeiten und in der Ständigen Vertretung Griechenlands bei der Europäischen Union tätig gewesen war. Sie war in der Bank zunächst für Finanzierungen im südlichen Afrika zuständig und nahm später für die Bank an den Verhandlungen zum Dritten Abkommen von Lome und zur neuen Mittelmeerpolitik teil. 1993 wurde ihr die Zuständigkeit für Finanzierungen in Mitteleuropa übertragen. 1996 wurde sie zur Leiterin der Abteilung für Finanzierungen in Polen und in den baltischen Staaten und im Jahr 2001 zur beigeordneten Direktorin der für Finanzierungen in den Beitrittsländern zuständigen Hauptabteilung ernannt. Zum Zeitpunkt ihrer Ernennung war Frau Tsingou außerdem stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied der EIB bei der EBWE und für die Finanzierungen zuständig, die die Bank in Russland im Rahmen ihres neuen Finanzierungsmandats durchführt.



Grammatiki
TSINGOU

Neuer Direktor des Büros in Paris

Henry Marty-Gauquié ist seit dem 1. Oktober 2003 der für Kontakte zu den in Paris ansässigen oder vertretenen internationalen Institutionen und Organisationen zuständige Direktor und Leiter des Büros der EIB-Gruppe in Paris.



Henry
MARTY-GAUCIÉ

Nach seiner Promotion in internationalem Recht an der Universität Paris X, einer Spezialisierung auf europäisches Recht an der Universität Paris I und einem Abschluss am Institut de Sciences Politiques de Paris begann Herr Marty-Gauquié seine berufliche Laufbahn 1978 im Secrétariat Général du Comité Interministériel pour les questions de coopération européenne (S.G.C.I. – Generalsekretariat des Interministeriellen Ausschusses für Fragen der europäischen Zusammenarbeit), das dem französischen Premierminister untersteht. Seit 1981 übte er als Vertreter der französischen Regierung beim Europäischen Gerichtshof verschiedene Funktionen bei den europäischen Institutionen (Gerichtshof und Rechnungshof) aus und trat 1989 in die Abteilung „Information und Kommunikation“ der EIB ein. 1994 wurde diese Abteilung in die Hauptabteilung „Kommunikation“ umgewandelt, die Herr Marty-Gauquié von 1995 bis zum Oktober 2003 als Direktor und Pressesprecher der Bank leitete.

Neue beigeordnete Direktoren

Guy Berman wurde im Juli 2003 zum beigeordneten Direktor der Hauptabteilung für die Evaluierung der Operationen ernannt.



Guy
BERMAN

Guy Berman, der Diplomingenieur (Ecole polytechnique und Ecole des Mines in Paris), Doktor der Geografie (Universität von Paris) und Ingenieur des Corps des Mines ist, kam 1980 zur Bank, wo er für Projekte in den AKP-Staaten verantwortlich war. 1987 wurde er zum Abteilungsleiter ernannt und war zunächst für Operationen in verschiedenen AKP-Staaten und dann für die Ausarbeitung von Überwachungsberichten für Projekte in allen AKP-Staaten zuständig.

Herr Berman befasste sich anschließend mit der Koordination der Operationen und leitete das Projekt „Serapis“ (Verbesserung und Neugestaltung der Informationsmanagementsysteme zur Unterstützung der Operationen der Bank) bis zu dessen Genehmigung Anfang des Jahres 2002. Seit Ende 2002 ist er für die Ex-post-Evaluierung von Finanzierungsoperationen in der Union zuständig.

Henri-Pierre Saunier wurde im Juli 2003 zum beigeordneten Direktor und Sonderberater der Direktion für Finanzen ernannt.



Henri-Pierre
SAUNIER

Henri-Pierre Saunier, der am „Centre d'études juridiques françaises“ der Universität des Saarlandes und am „Institut d'études politiques“ in Paris studiert und Studien für das C.N.A.R. (ländliche Raumordnung) durchgeführt hat, trat 1971 in die Bank ein, wo er in der Direktion für Finanzen tätig war. Zunächst im Anleihen-Bereich eingesetzt, wechselte er 1972 in das Treasury der Bank und wirkte unter anderem an der Einrichtung des ersten Back Office, der Erstellung von Treasury-Berichten und -Projektionen sowie an der Informatisierung des Treasury mit. Von 1980 an war Herr Saunier für Koordinationsaufgaben in der Direktion für Finanzierungen in der Union zuständig. 1982 wurde er schließlich mit dem Aufbau der für die Koordination in der Direktion für Finanzen zuständigen Abteilung beauftragt, deren Leitung ihm 1984 übertragen wurde. Herr Saunier stand dieser Abteilung bis zum Zeitpunkt seiner Ernennung im Juli 2003 vor.

Umstrukturierung der Direktion für Finanzierungen in Europa

Die vom Europäischen Rat im Jahr 2003 zur EU-Erweiterung gefassten Beschlüsse sind von großer Tragweite und werden das derzeitige Gesicht der Europäischen Union sowie ihre Politiken und Institutionen grundlegend verändern. Um der Diversifizierung ihrer Tätigkeit Rechnung zu tragen und die neuen Herausforderungen, die sich der EIB in einem erweiterten Europa stellen, erfolgreich bewältigen zu können, hat das Direktorium der Bank beschlossen, die für Finanzierungen in Europa zuständige Direktion entsprechend umzustrukturieren.

In ihrer neuen Struktur umfasst die Direktion für Finanzierungen in Europa daher seit dem 1. Januar 2004 die folgenden acht operativen Hauptabteilungen:

<i>Hauptabteilung</i>	<i>unter der Leitung von</i>
Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark, EFTA-Länder	Thomas Barrett
Spanien, Portugal	Carlos Guille
Frankreich, Benelux-Länder	Laurent de Mautort
Deutschland, Tschechische Republik, Slowakei	Joachim Link
Italien, Malta	Antonio Pugliese
Mitteuropa	Emmanuel Maravic
Südosteuropa	Grammatiki Tsingou-Papadopetrou
Ostsee	Thomas Hackett

Neue Direktion Risikomanagement

Das Direktorium der Bank hat ferner beschlossen, sämtliche mit Kreditrisiken verbundenen Tätigkeiten in einer neuen Direktion „Risikomanagement“ zusammenzufassen, die unter der Leitung des Direktors mit Generalvollmacht **Pierluigi Gilibert** steht. Die neue Direktion wird zwei Hauptabteilungen – die Hauptabteilung „Kreditrisiken“ unter der Leitung von **Per Jedefors** und die Hauptabteilung „Finanzielle und operative Risiken“ unter der Leitung von **Alain Godard** – sowie eine Koordinationsabteilung umfassen.

Controlling und Controlling-Ausschuss

Durch die Einrichtung einer für das Controlling der EIB-Gruppe zuständigen organisatorischen Einheit und eines Controlling-Ausschusses, die beide dem stellvertretenden Generalsekretär **Rémy Jacob** unterstehen, hat die Bank nunmehr die erforderlichen organisatorischen Strukturen geschaffen, um das Change Management, die Überwachung der Zielerreichung sowie die Berichterstattung verbessern zu können. Der Bereich „Controlling“ umfasst die von **Luis Botella Morales** geleitete Hauptabteilung „Rechnungslegung und Finanzausweise“, die Abteilung „Planung, Budget und Kontrolle“ unter der Leitung des beigeordneten Direktors **Harry Grammatikos** sowie eine Einheit „Organisation“. Der neue Controlling-Ausschuss wird sich aus den Direktoren der Hauptabteilungen „Personal“ und „Informationstechnik“ – **Andreas Verykios** und **Patrick Klaedtke** – sowie aus dem Leiter der Abteilung „Wirtschafts- und Finanzstudien“ – **Éric Perée** – zusammensetzen.

Die EIB und öffentlich-private Partnerschaften



Scut Interior Norte,
Portugal

Die Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften („Public Private Partnerships“, kurz „PPP“) für Vorhaben, deren Träger klassischerweise aus dem öffentlichen Sektor stammen, entspricht dem allgemeinen Trend zur Privatisierung, Deregulierung und Marktkonformität, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten beschleunigt hat. Der wachsende Bedarf an marktorientierten, effizienten und sicheren öffentlichen Dienstleistungen kontrastiert mit dem zunehmend engeren finanziellen Spielraum des öffentlichen Sektors, so dass in vielen Ländern Alternativen zur bisher praktizierten Vergabe öffentlicher Aufträge entwickelt wurden.

Öffentlich-private Partnerschaften können dazu beitragen, die Lücke zwischen dem bestehenden Investitionsbedarf und den verfügbaren öffentlichen Mitteln zu „füllen“. Das Hauptargument für PPP ist jedoch, dass aufgrund der breiter gestreuten Mittelherkunft und Fachkenntnis der Privatsektor mit Innovationskraft, Flexibilität und Management-Know-how dazu beitragen kann, Planung, Finanzierung, Risikomanagement, Durchführung und Betrieb von Vorhaben effizienter zu gestalten. Dies kommt

wiederum der Gesellschaft als Ganzes zugute. Um den „Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel“ zu maximieren, müssen die PPP jedoch einige Bedingungen erfüllen. Wichtig ist hierbei beispielsweise die Auswahl der geeigneten PPP-Konstruktion (einschließlich des angemessenen Grades der Einbeziehung des Privatsektors) aus einer Vielzahl bestehender PPP-Modelle, die von traditionellen Bau- oder Dienstleistungsaufträgen bis hin zur vollen Privatisierung reichen.

Seitdem die EIB ihre Tätigkeit 1958 aufgenommen hat, kam ein beträchtlicher Teil ihrer Finanzierungen Vorhaben zugute, die der Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen dienen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Finanzierung langfristiger Sachanlagen, auf die die Finanzprodukte der Bank besonders gut zugeschnitten sind. In den vergangenen 15 Jahren erwarb die EIB umfangreiche Erfahrungen mit PPP, da die effiziente Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu den Grundvoraussetzungen für die Erreichung der politischen Ziele zählt, die im Operativen Gesamtplan der Bank genannt sind.

Seit Ende der 80er Jahre hat die EIB in EU-Ländern mehr als 100 Projekte genehmigt, die im weiteren Sinne als PPP betrachtet werden können. Das Gesamtvolumen der diesbezüglichen Ausleihungen belief sich auf 28 Mrd EUR, wovon bis Ende Oktober 2003 21 Mrd EUR unterzeichnet waren. Weitere 50 Projekte mit einem Darlehensvolumen von insgesamt 10 Mrd EUR befinden sich in Vorbereitung.

Die große Mehrheit der PPP-Finanzierungen betrifft Verkehrsinfrastrukturvorhaben (87% der gesamten Genehmigungen). Die anderen zwei Hauptbereiche für PPP sind das Gesundheits- und das Bildungswesen (9%) und die Wasserwirtschaft (4%). Mit 29% der genehmigten Finanzierungen belegt das Vereinigte Königreich bei den PPP-Finanzierungen den Spitzenplatz, gefolgt von Spanien (16%), Portugal (13%) und Dänemark (ebenfalls

13%). Darüber hinaus finanziert die Bank PPP-Projekte auch außerhalb der EU (in Polen, Südafrika und Lateinamerika).

Ab Mitte der 90er Jahre war bei den PPP-Finanzierungen eine deutliche Zunahme zu verzeichnen: 80% der Genehmigungen wurden nach 1996 und fast 50% nach 2000 erteilt, nachdem sich das PPP-Modell in den EU-Ländern ausgebreitet hatte. Der Anteil der PPP-Darlehen an den gesamten Ausleihungen beträgt mittlerweile bei Verkehrsprojekten 30%, bei Projekten im Gesundheits- und im Bildungswesen 20% und bei Wasserwirtschaftsprojekten 10%.

Zu den bisherigen Vorzeigeprojekten zählen DBFO-Vorhaben im Vereinigten Königreich (Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb von Straßen und Flussüberquerungen), die Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke zum Kanaltunnel, die Londoner U-Bahn, spanische und portugiesische Verkehrsinfrastrukturprojekte, der Flughafen Spata und die Ringstraße in Athen, Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecken in den Niederlanden sowie Projekte im britischen Bildungs- und Gesundheitswesen.

Volumen und Umfang der PPP-Projekte dürften weiter wachsen. Die EIB plant, ihre Finanzierungstätigkeit zugunsten von PPP fortzusetzen und auszubauen, wo immer und wann immer nationale oder regionale Behörden eine öffentlich-private Partnerschaft als das beste Instrument zur Verfolgung politischer Ziele des öffentlichen Sektors ansehen. In diesem Bereich arbeitet die Bank eng mit der Kommission, öffentlichen Stellen und dem Privatsektor zusammen.

Daniela Sacchi-Cremmer
Hauptabteilung Information und
Kommunikation
☎ (+352) 43 79 3130
d.sacchi@eib.org

Mautautobahn M4 PPP, Irland



Vier EIB-Projektfinanzierungen erhielten 2003 Auszeichnungen

2003 wurden vier EIB-Projekte für ihr Finanzierungskonzept ausgezeichnet: „Glasgow Urban Renewal“, „M4 PPP Toll Motorway“ (öffentlich-private Partnerschaft in Irland), „London Underground PPP“ und „Wastewater Treatment Delfland PPP“ in den Niederlanden (beides ebenfalls PPP-Projekte).

Stadterneuerung in Glasgow

In Paris wurde das Projekt „Glasgow Urban Renewal“ vom **Project Finance Magazine** mit dem „**Municipal Investment Award**“ für 2002–2003 ausgezeichnet. Wie in dem Magazin aufgeführt wird, hat das britische Sozialwohnungswesen mit dem Abschluss der Finanzierung für die größte Wohneigentumsübertragung in Europa eine neue Entwicklungsstufe der Finanzierungskultur erreicht.

Die EIB hat für dieses Projekt zur Instandsetzung und Modernisierung von Sozialwohnungen in Glasgow, der größten Stadt Schottlands, 150 Mio GBP (225 Mio EUR) bereitgestellt.

Das Projekt beinhaltet die Übertragung von 81 000 Wohnungen vom Glasgow Council auf die Glasgow Housing Association (GHA) und ein von der GHA koordiniertes Modernisierungsprogramm mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Fremdmittel, die von einer Tochtergesellschaft der GHA aufgenommen werden, umfassen langfristige Darlehen von Geschäftsbanken und der EIB in Höhe von rund 700 Mio GBP (1 Mrd EUR). Daneben erhält der Projektträger weiterhin Zuschüsse von der schottischen Regierung.

Diese Transaktion, die in Glasgow von EIB-Vizepräsident **Peter Sedgwick** unterzeichnet wurde, war die

bisher größte im Sozialwohnungswesen – größer noch als die anderen Übertragungen von städtischem Wohneigentum auf Wohnungsbau-Gesellschaften, die das britische Sozialwohnungswesen in den letzten zehn Jahren kennzeichneten. Das Project Finance Magazine hob nicht nur die Größe des Vorhabens, sondern auch das innovative Konzept der Bank für das Projekt hervor, das – wie das Magazin schreibt – diesem Sektor etliche Neuerungen bringt, von der Einführung einer Übertragung auf kleinere Wohnungsbau-Gesellschaften in einer zweiten Stufe, an der sich die EIB während zumindest der nächsten fünf Jahre beteiligen wird, bis hin zu einer Sonderregelung für die Umsatzsteuer.

Mautautobahn M4 in öffentlich-privater Partnerschaft

Das Projekt „M4 PPP Toll Motorway“ wurde von der Zeitschrift **Project Finance International** zum „**EMEA Infrastructure Deal of the Year 2003**“ sowie von **Project Finance (Euromoney)** zum „**European Transport Deal of the Year**“ gewählt.

Dieses PPP-Projekt betrifft Planung, Bau, Finanzierung und 30-jährigen Betrieb eines 35 km langen Autobahnabschnitts der M4 westlich von Dublin (zwischen Kinnegad und Killock) in Irland. Das interessanteste

Merkmal des Projekts ist die Tatsache, dass es sich hierbei um das erste PPP-Vorhaben im irischen Straßenverkehrssektor handelt. Zehn weitere ähnliche Projekte, die zusammen mit dem genannten Projekt das PPP-Straßenprogramm („Roads PPP Programme“) bilden, werden voraussichtlich in den kommenden vier Jahren durchgeführt werden.

Da es keine ähnlichen Vorgängerprojekte in Irland gab, arbeiteten alle Beteiligten – die irische Straßenbehörde NRA, das erfolgreiche Bieterkonsortium unter Führung der spanischen Ferrovial (über ihr für Mautstraßenkonzessionen zuständiges Tochterunternehmen Cintra) und die internationalen Banken – unter großem Zeitdruck zusammen, um eine annehmbare Risikoteilung zwischen den öffentlichen und privaten Vertragspartnern festzulegen und ein bankfähiges Finanzierungsmodell aufzustellen.

Die Mitwirkung der EIB an diesem Projekt wurde aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrung mit DBFO-Vorhaben auf anderen Märkten in der EU von den irischen Behörden und den Konsortiumsmitgliedern besonders geschätzt, da hierdurch die Unterstützung der Bank für das irische Straßenausbauprogramm zum Ausdruck kam.

Im März 2003 wurden die Projektvereinbarungen einschließlich des Vertrags für die erste EIB-Tranche über 78 Mio EUR von EIB-Vizepräsi-

dent **Michael Tutty** im Beisein des irischen Verkehrsministers **Seamus Brennan** in Dublin unterzeichnet.

Die positive Reaktion des Marktes auf das M4-PPP-Projekt dürfte vorteilhafte Synergieeffekte für die Finanzierung der übrigen Vorhaben im Rahmen des PPP-Straßenprogramms haben, da dadurch das Interesse sowohl von Bankinstituten als auch Kapitalmarktteilnehmern an diesem Programm zunimmt.

Öffentlich-private Partnerschaft für Londoner U-Bahn

Das TubeLines-Projekt „London Underground PPP“ wurde im Rahmen der **Public Private Finance Awards of 2003** als „**Best Transport Project 2003**“ und vom **Infrastructure Journal** als „**Deal of the Year 2003**“ ausgezeichnet.

Das Projekt dient der Modernisierung des Londoner U-Bahnnetzes und zählt zu den bedeutendsten Verkehrsprojekten der vergangenen Jahre im Vereinigten König-

reich sowie zu den bisher größten PPP-Vorhaben in Europa. In den kommenden 15 Jahren stehen Investitionen von insgesamt über 30 Mrd EUR an, zu denen die EIB einen Finanzierungsbeitrag von 900 Mio GBP (1,3 Mrd EUR) in Form längerfristiger Darlehen leistet – 300 Mio GBP (436 Mio EUR) Ende 2002 an TubeLines und 600 Mio GBP (872 Mio EUR) im April 2003 an Metronet. Der entsprechende Finanzierungsvertrag wurde von Vizepräsident Peter Sedgwick in London unterzeichnet.

Im Rahmen dieses PPP-Projekts obliegen Instandhaltung, Sanierung und Ausbau des U-Bahnnetzes dem TubeLines- und dem Metronet-Konsortium, während der öffentliche Betreiber London Underground Ltd. weiterhin für Zugbetrieb, Dienstleistungen auf den Bahnhöfen, Fahrpreiseinzug und auch die allgemeine Sicherheit zuständig ist.

Zum TubeLines-Konsortium gehören die Bechtel Enterprises Holdings Inc., die Jarvis plc und die Amey plc. Das längerfristige EIB-Darlehen über 300 Mio GBP zählt zu den vorrangigen Fremdmitteln in Höhe von 1,94 Mrd GBP (2,82 Mrd EUR), wobei ein erheblicher Teil dieser Verbindlichkeiten verbrieft werden soll. Die übrigen vorrangigen Fremdmittel werden von einem Bankenconsortium unter der Führung der Bank of Scotland, der WestLB, der Mizuho und der Société Générale bereitgestellt. Ein Teil des längerfristigen Darlehens der Bank wird durch die Ambac besichert. Bei der Metronet-Transaktion zählt das EIB-Darlehen über 600 Mio GBP ebenfalls zu den vorrangigen Fremdmitteln, die sich auf 2,65 Mrd GBP (3,85 Mrd EUR) belaufen. Die anderen vorrangigen Fremdmittel werden von einem Bankenconsortium unter der Führung der Deutschen Bank, der CIBC World Markets, der Royal Bank of Scotland und der Abbey National sowie in Form einer Anleihe mit festem Zinssatz und einer indexgebundenen Anleihe, die durch die Ambac und die FSA besichert werden, bereitgestellt.

PPP-Projekt zur Abwasserentsorgung in Delfland

Das Projekt „Wastewater Treatment Delfland - PPP“ erhielt von

Project Finance (Euromoney) die Auszeichnung „**European Water Deal of the Year 2003**“.

Das Projekt ist das erste größere Abwasserentsorgungsvorhaben auf dem westeuropäischen Festland, das keine Rückgriffsrechte vorsieht. Darüber hinaus stellt es einen bedeutenden Durchbruch in den Niederlanden dar, wo man traditionell sehr darauf aus ist, die Bewirtschaftung der Wasserressourcen unter strikter öffentlicher Kontrolle zu halten. Bemerkenswert ist schließlich auch, dass sich die Bank bei diesem Projekt erstmalig an der Finanzierung eines PPP-Abwasserprojekts beteiligt hat, das keine Rückgriffsrechte vorsieht.

Das erfolgreiche Bieterkonsortium unter der Führung von Veolia Water erhielt eine Konzession mit 30-jähriger Laufzeit. Diese Konzession betrifft den Bau einer neuen Kläranlage, die Sanierung und Modernisierung einer bestehenden Kläranlage und des zugehörigen Kanalisationsnetzes für den Großraum Den Haag sowie den Betrieb der beiden Kläranlagen und des Hauptsammelnetzes. Die Einnahmestruktur ist im Wesentlichen leistungsbezogen.

Die Projektfinanzierungsstruktur ist insofern klassisch, als Baurisiken und mit dem Betrieb verbundene Risiken von gesonderten Zweckgesellschaften übernommen werden. Die Bank beteiligte sich mit einem längerfristigen Darlehen über 125 Mio EUR an der Finanzierung und deckte damit rund 32% des Finanzbedarfs. Die andere vorrangige Darlehensfazilität – die von der Rabobank und der Dexia Crédit Local arrangiert wurde – wird als Konsortialkredit an eine größere Gruppe führender Banken weitergegeben. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen und angesichts des in Bezug auf den NGW für die öffentliche Hand gegebenen Nutzens gilt das Projekt zunehmend als wegweisendes Modell für die Vergabe von Infrastrukturprojekten in der Abwasserwirtschaft und als Vorbild für zukünftige Geschäftsabschlüsse im Bereich Abwasserbehandlung.

*Robert Schofield, Bruno Denis,
Jaime Barragan, Jukka Luukkanen,
Cheryl Fisher, Luca Lazzaroli*
Direktion Finanzierungen in Europa

U-Bahn London, Vereinigtes Königreich
Abwasserentsorgung Delfland, Niederlande



Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus

Während der letzten fünf Jahre (1999–2003) hat die EIB Darlehen von mehr als 2 Mrd EUR (2,09 Mrd) für 16 Projekte des sozialen Wohnungsbaus in der Europäischen Union (Belgien, Deutschland, Finnland, Österreich, Portugal, Spanien und Vereinigtes Königreich) sowie 213 Mio EUR für zwei derartige Projekte in Polen vergeben. Die Finanzierung von Projekten des sozialen Wohnungsbaus in der EU und den künftigen Mitgliedstaaten hatte in diesem Zeitraum einen Anteil von 25,1% an den insgesamt vergebenen Darlehen für Stadterneuerungsprojekte, die sich auf 9,17 Mrd EUR beliefen (einschließlich Gebäudemodernisierung, Stadtsanierung und Infrastrukturmaßnahmen).

Im Jahr 1998 weitete die Bank ihre Aktivitäten zur Stadterneuerung auf Wohnungsbaukomponenten aus, unter der Voraussetzung, dass es sich um Bestandteile klar definierter, umfassender Programme zur Stadterneuerung oder Stadtsanierung handelt. Mit dieser Ausweitung reagierte die Bank auf die Aufforderung des Europäischen Rats von Amsterdam (Juni 1997), mehr Darlehen für Investitionen zu vergeben, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der städtischen Umwelt beitragen. Anlässlich des Lissabonner Gipfels vom März 2000 wurde erneut betont, dass der Schutz und die Förderung der Qualität der städtischen Umwelt ein vorrangiger Bereich für die Tätigkeit der EU ist. Die EU hat die Städte zunehmend

in ihre Regionalpolitik einbezogen, indem sie städtische Projekte in die Förderung aus den Strukturfonds aufnahm und speziell für Städte bestimmte Programme einführte. Die EIB hat daraufhin ihren Ansatz bei der Finanzierung von Stadtentwicklungsinvestitionen im Laufe der Jahre in pragmatischer Weise ausgebaut. Sie hat eine Reihe flexibler Produkte und Verfahren entwickelt, die sie in die Lage versetzen, Strategien und Investitionsprogramme für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen. Solche Investitionen in die Qualität des städtischen Lebensrahmens können dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und durch die Verringerung sozialer Ungleichgewichte in großen städtischen Ballungsräumen den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken.

In Einklang mit den politischen Zielen der EU für die Verbesserung des städtischen Lebensrahmens konzentriert sich die finanzielle Unterstützung der Bank für Projekte des sozialen Wohnungsbaus darauf, das Zusammenleben in den Gemeinschaften nachhaltig zu fördern. Sozialer Wohnungsbau im Rahmen umfassender Strategien zur Stadterneuerung kann dazu beitragen, örtliche Benachteiligung,

soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit zu verringern, und somit die Lebensqualität und die wirtschaftliche Leistung städtischer Gebiete verbessern.

Mittel für die Finanzierung von Sozialwohnungen, d.h. die Sanierung und den Neubau von bezahlbaren Wohneinheiten, sind relativ knapp. Die langfristigen Finanzierungen der EIB tragen dazu bei, die Investitionen öffentlicher und privater Projektträger, die dem dringenden Bedarf an Sozialwohnungen zu begegnen suchen, zu beschleunigen und/oder auszuweiten.

Sanierung alter Wohneinheiten

Die Sanierung baufälliger Wohneinheiten kann von der EIB finanziert werden, wenn sie folgende Dimensionen aufweist:

- eine soziale Dimension (Programme zur Modernisierung alter Wohnanlagen im Besitz gemeinnütziger Organisationen, Sanierung verfallener Gebäude, in denen einkommensschwache Mieter oder Eigentümer wohnen);
- eine Umweltdimension (Sanierung zum Zweck der Energieeinsparung, z.B. Isolierung, Einbau



von Doppelfenstern, Erdgasheizung usw.) einschließlich der Restaurierung denkmalgeschützter Gebäude.

Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Stadterneuerungsprogrammen

Die Umnutzung und Modernisierung von Industriegebäuden zu Wohnhäusern sowie der Neubau von Wohnanlagen als Ersatz für baufällige Gebäude können von der EIB finanziert werden, wenn sie Bestandteil eines Stadterneuerungsprogramms sind. Im Fall von Projekten, die eine größere Umgestaltung eines Stadtgebietes beinhalten, kann auch der Bau von Sozialwohnungen außerhalb der neu zu strukturierenden Fläche im Hinblick auf die Umsiedlung von Einwohnern (zur Verringerung der Bevölkerungsdichte) von der EIB mitfinanziert werden.

EIB-Finanzierungen für Sozialwohnungen

Während der letzten fünf Jahre hat die EIB sieben große Projekte zur Sanierung von Wohnungen im **Vereinigten Königreich** unterstützt. Unter anderem wurden zwei Darlehen in Höhe von insgesamt 139,6 Mio EUR an die Housing Finance Corporation (THFC) vergeben – das gemeinnützige Finanzierungsinstitut der regulierten Sozialwohnungsbaugesellschaften (Registered Social Landlords, RSL). Die Wohnungsbaugesellschaft Glasgow (Glasgow Housing Association, GHA) erhielt ein Darlehen in Höhe von 219,2 Mio EUR für ihr Stadterneuerungsprogramm zur Sanierung benachteiligter Stadtgebiete, das folgende Komponenten umfasst: umfangreiche Gebäudesanierungen, Neugestaltung problematischer Wohnanlagen einschließlich selektiver Abbrüche und Umweltverbesserungen. Im Rahmen des Projekts wurden 81 000 Wohneinheiten vom Glasgow Council auf die GHA übertragen, die ein zehnjähriges Modernisierungsprogramm koordiniert. Das Projekt wurde vom

Project Finance Magazine mit dem **Municipal Investment Award** für 2003 ausgezeichnet. Die Zeitschrift betonte die innovative Vorgehensweise der EIB, die diesem Sektor etliche Neuerungen bringt, von der Einführung einer Übertragung auf kleinere Wohnungsbaugesellschaften in einer zweiten Stufe, an der sich die EIB während zumindest der nächsten fünf Jahre weiter beteiligen wird, bis hin zu einer Sonderregelung für die Umsatzsteuer.

Die von der EIB unterstützten Wohnungsbauvorhaben im Vereinigten Königreich sind jedoch überwiegend Projekte von lokaler Bedeutung mit Intermediation durch spezialisierte Finanzierungsinstitute wie THFC, Abbey National, HBOS und andere bedeutende britische Institutionen. Ein Beispiel hierfür ist das Darlehen in Höhe von 240 Mio EUR an die Bank of Scotland, eine 100%ige Tochtergesellschaft von HBOS. Die Bank of Scotland Housing Finance leiht die Mittel als Darlehen an die RSL weiter, um mittelgroße bis große Gebäudesanierungsprogramme insbesondere in weniger entwickelten Regionen des gesamten Vereinigten Königreichs zu finanzieren. Erwähnenswert ist auch das EIB-Darlehen in Höhe von 122,7 Mio EUR an die Sunderland Housing Group zur Modernisierung von über 36 000 Wohneinheiten in der nordostenglischen Stadt Sunderland. Dieses Programm kommt einem Drittel aller Haushalte im Raum Sunderland zugute. Es ist Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung des strukturellen und industriellen Niedergangs, die sowohl von der örtlichen Gemeinschaft als auch von der Wirtschaft mitgetragen wird.

Dem Wohnungsbaufonds **Finnlands** gewährte die EIB im Jahr 2001 ein Darlehen von 300 Mio EUR für die Modernisierung von Sozialwohnungen und den Bau energiesparender Wohngebäude in Stadterneuerungsgebieten. Diese staatliche Behörde ist für das nationale Programm für Wohnungsbaudarlehen zuständig und stellt Mittel für den staatlich subventionierten Wohnungsbau zur Verfügung. Da die klimatischen

Bedingungen in den Wintermonaten so extrem sind, dass die Bewohner sich überwiegend im Haus aufhalten, achten die finnischen Behörden besonders auf die bauliche Qualität und Beständigkeit der kostengünstigen Sozialwohnungen. Bei Neubauten werden nachhaltige Technologien eingesetzt; alte Bausubstanz wird saniert und verbessert.

Im Jahr 2003 vergab die EIB ihr erstes Wohnungsbaudarlehen in **Spanien**. Der Verwaltungsrat genehmigte eine Fazilität in Höhe von 100 Mio EUR; die ersten 50 Mio EUR wurden an das Institut Català de Finances (ICF) vergeben, um den Neubau und die Modernisierung von Sozialmietwohnungen in katalanischen Stadterneuerungsgebieten mitzufinanzieren. Das Darlehen wird für den Bestandteil des katalanischen Wohnungsbauplans 2002–2007 verwendet, der die Sozi-



almietwohnungen betrifft. Der Bestand an diesen Wohnungen wird um mindestens 4 000 neue Einheiten erhöht werden.

In **Portugal** ist der Wohnungsbestand in vielen Stadtzentren in einem bedenklichem Zustand, und das Land verzeichnet einen erheblichen Mangel an Sozialmietwohnungen. Die EIB vergab im Jahr 2003 ein Darlehen in Höhe von 150 Mio EUR an die Caixa Geral de Depósitos (CGD), um Projekte privater oder öffentlicher Träger (vor allem Kommunen) zur Sanierung von Wohnraum und zur Erneuerung der städtischen Infrastruktur in ganz Portugal zu unterstützen. Die Fazität der EIB deckt den Bedarf der Kommunen an langfristigen Finanzierungen, um die finanzielle Belastung durch die Investitionen zeitlich zu verteilen, und ergänzt lokale Programme zur Wirtschaftsentwicklung in Ziel-1-Gebieten. Dar-



ber hinaus wird sie die Sanierung alter Wohnhäuser fördern und somit zur Bewahrung des historischen Charakters der portugiesischen Stadtzentren beitragen. Diese Investitionen werden die Gesundheitsvoraussetzungen und die Lebensverhältnisse vieler Familien der ärmeren Bevölkerungsschichten verbessern und Arbeitsplätze im Bausektor sowie in verbundenen Wirtschaftszweigen schaffen. Bereits 1999 wurde ein erstes Darlehen von 5 Mio EUR für die Sanierung der baufälligsten Wohneinheiten in 14 Sozialwohnungsblocks in Lissabon gewährt.

Mit zwei Darlehen an die Flämische Wohnungsbaugesellschaft in Höhe von 100 Mio EUR (Ende 2003) und 75 Mio EUR (Unterzeichnung für Ende Februar 2004 geplant) hat die Bank auch in **Belgien** zum Bau neuer und zur Modernisierung älterer Sozialwohnungen sowie zur Umnutzung geeigneter und nicht anderweitig genutzter Gebäude in ausgewählten Stadtgebieten beigetragen. Die Modernisierungsvorhaben wurden zum größten Teil im Rahmen umfassender Strategien zur Stadterneuerung durchgeführt. Ihre Standorte sind die wichtigsten

Städte Flanderns (u.a. Antwerpen, Gent, Kortrijk, Löwen), die in Teilen noch Regionalfördergebiete sind. Die Flämische Wohnungsbaugesellschaft ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, die den Auftrag hat, 118 lokale Sozialwohnungsbaugesellschaften technisch, finanziell und administrativ zu unterstützen, ihre Aktivitäten zu koordinieren und als ihre zentrale Finanzierungsgesellschaft zu fungieren. Der langfristige Finanzierungsbeitrag der EIB wird dazu beitragen, für die einkommensschwächsten Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Seit dem Jahr 2003 beteiligt sich die EIB auch in **Deutschland** (Berlin und Sachsen) an der Finanzierung von Sozialwohnungsbauprojekten im Hinblick auf die Verbesserung der städtischen Umwelt und der rationalen Energienutzung. Über die Landesbank Berlin (LBB) wurde der Investitionsbank Berlin (IBB) für ihr Programm zur Sanierung/Modernisierung alter Mietshäuser (vor 1970 gebaut) einschließlich energiesparender Investitionen wie besserer Heizung und Isolierung ein Globaldarlehen von 100 Mio EUR zur Verfügung gestellt. Mit einem weite-

ren Globaldarlehen von 150 Mio EUR finanzierte die EIB über die Sächsische Aufbaubank GmbH (SAB) die Sanierung von Sozialwohnungen und Projekte zur Energieeinsparung in städtischen Zentren des Freistaates Sachsen. Dies wird dazu beitragen, die im Verhältnis zur EU noch unterdurchschnittlichen Standards für Wohnraum im Osten Deutschlands anzuheben. Als Bestandteil einer integrierten Strategie zur Stadterneuerung werden diese Projekte darüber hinaus Arbeitsplätze in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit schaffen. Die Endbegünstigten der EIB-Darlehen sind sowohl in Berlin als auch in Sachsen öffentliche und private Wohnungsbau- und -verbände sowie Privatpersonen.

Österreichs Hauptstadt Wien erhält seit dem Jahr 2002 finanzielle Unterstützung von der EIB für die umfassende, langfristige Verbesserung ihres Bestandes an Wohnraum innerhalb eines integrierten Stadterneuerungsplans. Dazu gehörten auch Investitionen zur energieeffizienten Modernisierung. Zu Finanzierungen in Höhe von insgesamt 125 Mio EUR während der letzten zwei Jahre kam Anfang Januar 2004 ein weiteres Darlehen in Höhe von 50 Mio EUR hinzu, das über die Stadt Wien und die österreichische Hypo Alpe Adria Bank AG (HAA) an Wiens gemeinnützige Finanzierungsgesellschaft für den öffentlichen Wohnungsbau, die Wiener Wohnen (WW), geleitet wurde. Der soziale Wohnungsbau hat in Wien eine lange Tradition, und die WW ist einer der größten Vermieter Europas. Von den rund 900 000 Wohneinheiten der Stadt ist fast jede

vierte ihr Eigentum. Mit der Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus trägt die EIB der Entwicklung und dem Wohnraumbedarf einer Stadt Rechnung, die aufgrund ihrer Rolle als Schnittstelle zwischen der Europäischen Union und den Beitrittsländern einen raschen Wandel erlebt. Eine Anpassung der Wohnanlagen an die erforderlichen Standards wird ihre Attraktivität für verschiedene Bevölkerungsgruppen steigern und diese in das städtische Umfeld reintegrieren.

Um die nachhaltige Entwicklung und Neustrukturierung der osteuropäischen Städte während ihrer Anpassung an die EU-Standards zu fördern, finanziert die EIB auch Wohnungsbauprojekte in den **beitretenden Staaten**. Dies gilt insbesondere für **Polen**, wo sich die EIB-Finanzierungen in diesem Sektor während der letzten zwei Jahre auf 213 Mio EUR beliefen. Ein erstes Projekt betraf die Finanzierung kleiner und mittlerer Wohnungsbauprogramme zur Sanierung kostengünstiger Sozialmietwohnungen mit gravierendem Instandhaltungsrückstand und beeinträchtigenden Wohnbedingungen sowie zum Neubau energieeffizienter Miethäuser. Die Investitionen konzentrierten sich überwiegend auf vom Verfall bedrohte Stadtgebiete mit den größten Wohnungsbaufiziten. Die verbesserte Umwelt der Städte in ganz Polen wird dazu beitragen, regionale Ungleichgewichte in den Lebensbedingungen auszugleichen, die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Bessere Energieeffizienz wird der Verringerung der Luftverschmutzung

und des Ausstoßes von CO₂ dienen. Für dieses Projekt wurde im Jahr 2002 über die Bank Gospodarstwa Krajowego (BGK) als lokalen Intermediär ein Darlehen von 200 Mio EUR für Wohnungsbauverbände (TBS), die oft mehrheitlich im Eigentum einzelner Kommunen sind, und Wohnungsbaugenossenschaften (SM) in ganz Polen vergeben. Mit weiteren 13 Mio EUR unterstützte die EIB die Sanierung und Modernisierung von 50 Altbauten (viele davon denkmalgeschützt) in oder nahe dem historischen Stadtkern von Poznan, die Eigentum der Kommune sind. Das Projekt ist die erste Stufe eines umfassenderen Stadterneuerungsprogramms zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Stärkung der Attraktivität Poznans, der fünftgrößten Stadt in Polen, um der Abwanderung aus dem Stadtkern entgegenzuwirken. Es umfasst bedeutende Elemente zur Energieeinsparung, zur sanitären Ausstattung und zur Grundversorgung gemäß den EU-Standards. Poznan und sein Umland zählen aufgrund ihrer strategischen Lage an der Verkehrsachse Berlin-Warschau zu den wachstumsstärksten Regionen des Landes. Insgesamt wird das Projekt die Stadt bei der Verbesserung ihrer städtischen Umwelt und beim Übergang zu EU-Standards unterstützen.

Valérie Thill
**Hauptabteilung Information
und Kommunikation**
☎ (+352) 43 79 3149
v.thill@eib.org





Investitionen für die Städte

Eine in der letzten Zeit von der Hauptabteilung Evaluierung der Operationen mit Unterstützung externer Berater durchgeführte Ex-post-Evaluierung⁽¹⁾ untersuchte eingehend 21 Stadtentwicklungsprojekte, die die EIB in der Europäischen Union finanziert hat. Die Berater besuchten die Projekte und sprachen mit den Projektträgern und gegebenenfalls auch mit anderen wichtigen Interessengruppen. Die Hauptabteilung führte in Ergänzung zu den detaillierten Evaluierungen auch Schreibtischstudien zu 26 weiteren Projekten durch, um einen möglichst genauen Überblick über die Tätigkeit der EIB in diesem Bereich zu erhalten.

Die Europäische Investitionsbank finanziert seit vielen Jahren Stadtentwicklungsprojekte. Zu Beginn gewährte sie Darlehen für derartige Vorhaben nur in Fördergebieten, wobei der Schwerpunkt auf der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ärmsten Regionen der Europäischen Union lag. Seit Ende der 80er Jahre finanziert die EIB derartige Projekte jedoch in der gesamten Union mit einer sehr viel breiteren Zielsetzung: der Verbesserung der Lebensqualität in den Städten und der Förderung der wirtschaftlichen Integration und eines stärkeren sozialen Zusammenhalts.

In dem vom Evaluierungsbericht abgedeckten Zeitraum 1988–2001 beliefen sich die Finanzierungen für Stadtentwicklungsprojekte in der Europäischen Union auf insgesamt 29,5 Mrd EUR (dies entspricht 10% der gesamten Ausleihungen der EIB in der EU). Zwei Drittel dieses Betrags entfielen auf den städtischen Nahverkehr: U-Bahn- und

Stadtbahnvorhaben, Ausbau städtischer Straßen, Projekte des Straßenbahn- und Omnibusverkehrs sowie Vorhaben, bei denen diese verschiedenen Elemente kombiniert wurden. Die übrigen Finanzierungen betrafen große Mehrzweckvorhaben zur Strukturverbesserung städtischer Gebiete, die im Evaluierungsbericht als „Städtebauprojekte“ bezeichnet wurden, z.B. die Wiedernutzbarmachung von Flächen und die Abwasserentsorgung, die Restaurierung historischer Stadtzentren sowie kulturgeschichtlich und historisch bedeutender Gebäude und in einem geringeren Umfang auch den sozialen Wohnungsbau und die Förderung des Büroflächenmarktes. Beispiele aller genannten Projektkategorien wurden bei der Ex-post-Evaluierung berücksichtigt.

Mit den Ex-post-Evaluierungen der Europäischen Investitionsbank soll hauptsächlich ermittelt werden, ob die von der Bank finanzierten Investitionen zur Verwirklichung der politischen Ziele der Europäischen Union und des jeweiligen Mitgliedslandes beitragen und ob ihre Qualität hoch ist. Schließlich stellt

die Finanzierung derartiger Investitionen die Raison d'être der EIB dar. Bei der Ex-post-Evaluierung wird außerdem auch der durch die Einschaltung der Bank entstehende Zusatznutzen untersucht.

Viele Ziele...

Warum beteiligte sich die Bank also an der Finanzierung der evaluierten Stadtentwicklungsprojekte? Dem Bericht zufolge aus vielen Gründen. Typischerweise wurde in der Projektdokumentation ein umfangreiches Spektrum an Zielen aufgeführt. Bei einem einzigen Projekt konnten die Ziele beispielsweise die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Verringerung der Verkehrsüberlastung bzw. die Erhöhung der Zuverlässigkeit des Verkehrssystems, die Anziehung in- und ausländischer Besucher und anderes mehr umfassen. Bei einer derartigen Vielfalt von Zielen, die zudem oftmals auch keine Rangfolge der Prioritäten erkennen ließen, ist es sehr schwierig, ex post zu beurteilen, wie gut ein Projekt verlief und ob es als Erfolg oder Fehlschlag einzustufen ist.

In Anbetracht dessen ergriff das Evaluierungsteam eine ungewöhnliche Maßnahme. Im Rückblick formulierte es auf der Grundlage der politischen Ziele der Europäischen Union und des jeweiligen Mitgliedslandes sieben grundlegende Ziele:

- **Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung**, beispielsweise durch die Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit oder durch die Beseitigung von Engpässen, insbesondere im Nahverkehrsbereich.

(1) „Finanzierung von Stadtentwicklungsprojekten in der EU durch die EIB“, Juli 2003

- **Verbesserung der Leistungsfähigkeit (Kapazität und Zuverlässigkeit) des städtischen öffentlichen Nahverkehrs.** Dies kann durch eine Verkürzung der Fahrzeiten oder die Schaffung neuer Direktverbindungen, durch eine Verbesserung der Beförderungsqualität und Ähnliches geschehen.
- **Verbesserung des Stadtbildes, der Attraktivität, des Ambientes oder des Images der städtischen Umwelt,** beispielsweise durch die Schaffung von örtlichen Ruhe- und Erholungszonen wie Parks und Promenaden oder durch die Förderung von Projekten zur Imageverbesserung mit breiter öffentlicher und politischer Unterstützung.
- **Verbesserung der Umwelt.** Ein typisches Beispiel im städtischen Kontext ist die Bodensanierung (Dekontaminierung) verseuchter und aufgelassener Flächen.
- **Bewahrung des europäischen Kulturerbes,** beispielsweise durch die Restaurierung historischer Stadtzentren sowie historisch bedeutender Gebäude.
- **Beitrag zur Geschlossenheit des Stadtbildes und Erhaltung der zentralen Funktion der typisch europäischen Stadt.** Zu den Vorteilen der Geschlossenheit europäischer Städte zählen die Bewahrung offener Landschaften durch die Eindämmung der räumlichen Ausbreitung der Städte und größere Wahlfreiheiten hinsichtlich des Arbeitsplatz- und Konsumangebots.
- **Bewahrung des sozialen Zusammenhalts** durch die Verringerung der sozialen Unterschiede innerhalb großer Ballungsgebiete.

In Bezug auf diese Ziele schnitt die große Mehrheit der im Detail evaluierten Projekte gut ab. Auf der Grundlage des gemessenen tatsächlichen Verkehrsaufkommens, der ermittelten Veränderungen in der Zusammensetzung der Verkehrsträger und der finanziellen Rentabilität erfüllten alle Verkehrsprojekte ihre jeweiligen Hauptziele und die Bedürfnisse der Projektträger. Die Städtebauprojekte wurden ebenfalls als wirksam erachtet mit Ausnahme eines Programms, das für eine Evaluierung zu heterogen war, und eines weiteren Projekts, dessen Ergebnis unzulänglich war.

... mit schwer messbarem Erfolg

Diese im Allgemeinen positive Beurteilung beruhte auf den wäh-

rend der Evaluierung erhobenen Daten.

Bei den Verkehrsprojekten, vor allem den U-Bahn- und den öffentlichen Nahverkehrsvorhaben, bestand eines der Hauptziele in der Verringerung der Verkehrsüberlastung durch die Verlagerung des Individualverkehrs auf öffentliche Verkehrsträger. Die betreffenden Auswirkungen waren jedoch schwer zu ermitteln, was auch für die weitergefassten Nutzelemente gilt. Es mag verständlich sein, dass Projektträger Schwierigkeiten bei der Erfassung des breiteren Nutzens ihrer Investitionen haben, doch ist dieser oft wichtig. So ist beispielsweise bei städtischen Nahverkehrsprojekten der Beitrag, den diese Projekte zum Umweltschutz leisten, ein sekundäres Projektziel, doch ist der diesbezügliche Nutzen der Projekte schwer quantifizierbar.

Die Verfügbarkeit von Daten darüber, inwieweit die Städtebauprojekte ihre Ziele erfüllten, war im Allgemeinen begrenzt. Bei drei Projekten waren die Projektträger beispielsweise nicht in der Lage, Informationen zu den wichtigsten Erfolgsindikatoren vorzulegen (Theaterbesucher in renovierten Theatern, Zahl der überregionalen Besucher infolge eines Messeausbaus, Zahl der Besucher auf einer neuen Promenade).

Werden derartige Probleme erkannt, so werden sie von der Hauptabteilung Evaluierung der Operationen mit der jeweiligen Finanzierungsdirection erörtert. Gleichzeitig spricht die Hauptabteilung Empfehlungen aus, wie die Tätigkeit der Bank gegebenenfalls zu verbessern ist. Bei der Evaluierung von Stadtentwicklungsprojekten wurden auch weitere Schwierigkeiten ausgemacht, die zum einen auf der Projektebene angesiedelt waren und zum anderen den Zusatznutzen der Einschaltung der Bank betrafen.

Projektebene

Eines der Probleme auf Projektebene bestand im unproduktiven Wettbewerb. Regionen und Städte konkurrieren miteinander in vielerlei Hinsicht - auch um Investitionen und Finanzmittel. Die positiven Auswirkungen des Wettbewerbs sind wohlbekannt, und der Wettbewerb ist oft eine Triebkraft für effizientes Handeln öffentlicher Einrichtungen. Wenn es jedoch um den Zugang zu attraktiven Finanzierungsmitteln wie denen der EIB

geht, ist es denkbar, dass Investitionsentscheidungen nach dem Motto „Ich auch“ getroffen werden. Dies kann einer effizienten Nutzung der Mittel entgegenstehen oder in bestimmten Fällen sogar dazu führen, dass konkurrierende Investitionen sich gegenseitig schaden. Nur bei drei der 21 im Detail evaluierten Projekte fand das Evaluierungsteam gewisse Hinweise auf eine unproduktive regionale Konkurrenz. So wurden bei einem Städtebauprojekt zwei Zufahrtsstraßen zu einem verlassenen Hafen mit dem Ziel einer Hafenreaktivierung gebaut, obwohl es einige Kilometer südlich einen größeren Hafen mit freien Kapazitäten gab - dieser lag jedoch in einem anderen Verwaltungsbezirk. Ein weiteres Beispiel für unproduktive Konkurrenz bestand im Ausbau eines Messegeländes, der vom Wettlauf der Städte als Messestandorte angetrieben wurde, wenngleich das entsprechende Marktsegment bereits durch ein Überangebot gekennzeichnet war.

Einige Darlehen im Bereich Stadtentwicklung wurden für Entwicklungsprogramme vergeben, die zwischen zwei und mehreren hundert Vorhaben umfassten. Entscheidend bei Sammel- oder Rahmendarlehen, die nicht notwendigerweise ein Problem darstellen müssen, sind der Organisationsgrad des Projektträgers und die von ihm angewandten Verfahren. Zu Schwierigkeiten kam es jedoch bei einem großen Programmdarlehen für mehrere hundert städtische Vorhaben, die von verschiedenen Projektträgern in einer Hauptstadt in der Union durchgeführt wurden. Die Evaluierung kam hier zu dem Schluss, dass es einfach unmöglich war festzustellen, ob die Ziele der Einzelvorhaben - abgesehen von der technischen Durchführung - erreicht wurden oder nicht.

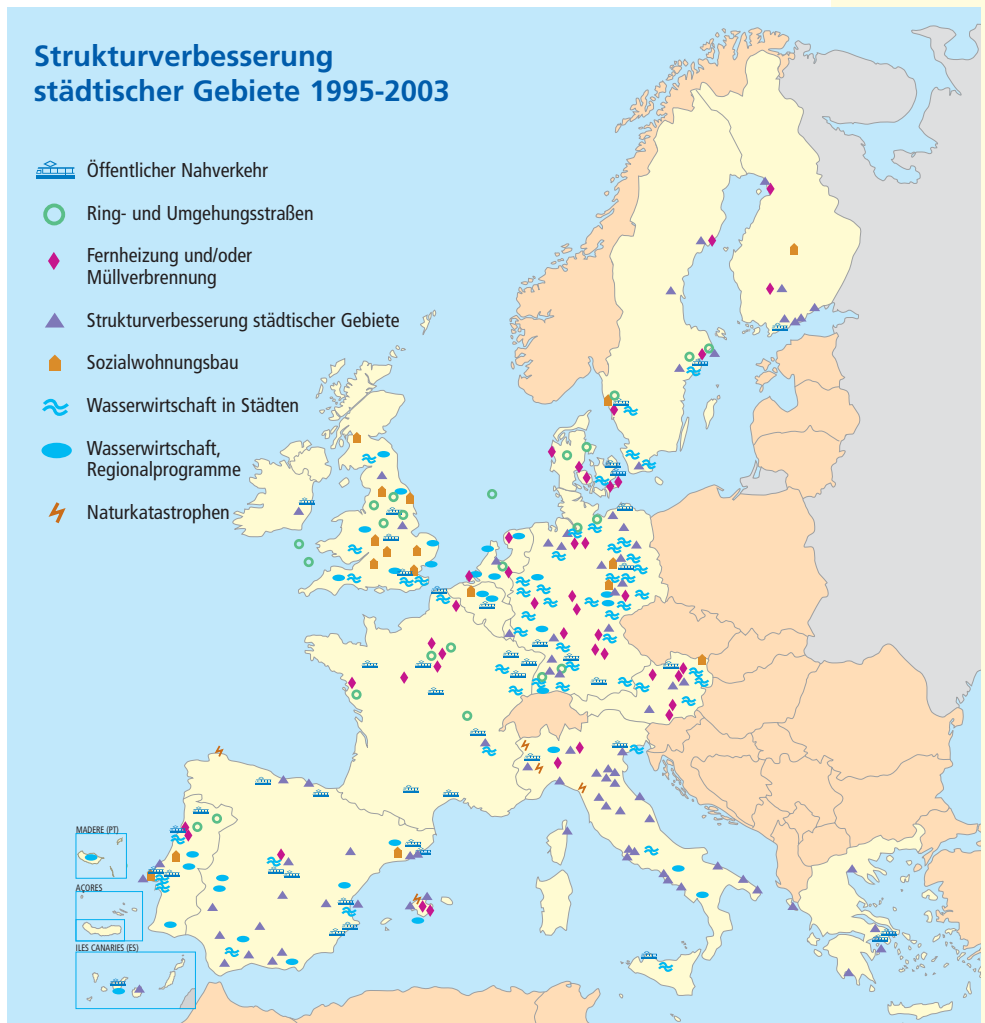
Ein dritter Problembereich auf Projektebene ist die Beteiligung des Privatsektors an Stadtentwicklungsprojekten. Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) als solche waren zwar nicht Thema der Evaluierung, doch gehörten zehn derartige Vorhaben zu den im Detail evaluierten bzw. in Schreibtischstudien ausgewerteten Projekten. Bei der Hälfte davon - bei vier städtischen Nahverkehrsprojekten und einem Städtebauprojekt - kam es zu Problemen, da die Erträge niedriger als erwartet ausfielen oder ernsthaft gefährdet waren. Die Hauptgründe waren die Nichtakzeptanz der Mautgebühren(erhöhungen) durch

die örtlichen Nutzer, das Nichterreichen des ursprünglich erwarteten Verkehrsaufkommens und die Schwäche des Immobilienmarktes. Nach der Intervention öffentlicher Stellen gelang es bei vier der fünf Projekte, in der Folge zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen. Die PPP-Projekte, bei denen es zu Schwierigkeiten kam, zeigen jedoch, dass die Risikoteilung zwischen den Beteiligten des öffentlichen und des privaten Sektors ein entscheidender Faktor ist. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass diese PPP-Vorhaben zu den ersten derartigen Operationen gehörten und die Bank mittlerweile auch bezüglich der Risikoteilung sehr viel erfahrener ist.

Zusatznutzen der Einschaltung der EIB

Durch die Einschaltung der Bank kann ein Zusatznutzen zumindest in finanzieller und in technischer Hinsicht entstehen. Die EIB hat es normalerweise mit sachkundigen Projektträgern in der Europäischen Union zu tun, so dass die Einschaltung der Bank nur selten eine technische Additionalität bewirken kann, die über die Due-Diligence-Prüfung der technischen Aspekte hinausgeht. Doch selbst diese Due-Diligence-Prüfung kann einen wertvollen Beitrag darstellen. Die Evaluierung bewertet die Prüfungsverfahren der Bank als gut. Bei drei der 21 Stadtentwicklungsprojekte ermittelte das Evaluierungsteam nichtsdestoweniger bessere Planungsalternativen, die einen gleichwertigen oder höheren Nutzen bei niedrigeren Kosten erbracht hätten.

Die Evaluierung nahm eine qualitative Beurteilung des finanziellen Zusatznutzens der Einschaltung der Bank vor und unterschied hierbei drei Ebenen. Eine erste Ebene des finanziellen Zusatznutzens beruht auf den Bedingungen und Modalitäten des Darlehens. Der diesbezügliche komparative Vorteil der Bank hat sich in den zehn Jahren, die seit der Finanzierung der meisten der in die Evaluierung einbezogenen Projekte vergangen sind, schrittweise verringert, doch zählen Darlehensnehmer die Flexibilität der Tilgungsoptionen, die Darlehenslaufzeit und die Freijahre immer noch zu den Merkmalen, mit denen sich die EIB von anderen Geldgebern abhebt. Eine zweite Nutzenebene ist das Gütesiegel einer EIB-Finanzierung: Die Tatsache, dass die Bank ein Darlehen genehmigt, wirkt oft als Katalysator



für die Mobilisierung weiterer Finanzierungsmittel. Die Evaluierung zeigt, dass dieser Aspekt des finanziellen Zusatznutzens weiterhin wichtig ist, da die Hälfte der Projekte zusammen mit anderen Kapitalgebern kofinanziert wurden. Die dritte und wichtigste Ebene des finanziellen Zusatznutzens betrifft jedoch die diesbezügliche Fachkenntnis der Bank, durch die sie innovative und attraktive Finanzierungskonzepte anbieten kann. Bei den evaluierten, in den 90er Jahren finanzierten Projekten gab es einen derartigen Fall. Es handelte sich hierbei um ein PPP-Projekt, bei dem die Bank auch das Projektrisiko übernahm und weitere Finanzierungsquellen erschloss.

Aus der Erfahrung lernen

Durch die Untersuchung von Aspekten, denen heute große Aufmerksamkeit gilt, richtet die Ex-post-Evaluierung von Stadtent-

wicklungsprojekten den Blick nicht nur zurück, sondern auch nach vorn und macht es der EIB so leichter, ihrer Rolle als Finanzierungsinstitution der Europäischen Union auch bei zukünftigen Operationen gerecht werden zu können. Die Bank hat in diesem Sektor aus der Erfahrung gelernt. Die Evaluierung weist jedoch auch auf umfassendere Fragen hin, denen sich die Bank weiterhin widmen muss – der Wahrnehmung des Wettbewerbs der Regionen, die sich bei Sammel- oder Rahmendarlehen ergeben, der Bedeutung der Risikoverteilung bei öffentlich-privaten Partnerschaften und der Frage, wie die Bank einen größtmöglichen technischen und finanziellen Zusatznutzen bewirken kann.

Cees Post
Evaluierung der Operationen
 (+352) 43 79 9275
 c.post@eib.org

EIB-Informationen

ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Information und Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

Europäische Investitionsbank
100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxembourg

(+352) 43 79 - 1
(+352) 43 77 04

www.eib.org
info@eib.org

Externe Büros

Rue de la Loi 227
B-1040 Bruxelles

(+32-2) 235 00 70
(+32-2) 230 58 27

21, rue des Pyramides
F-75001 Paris

(+33-1) 55 04 74 55
(+33-1) 42 61 63 02

Via Sardegna 38
I-00187 Roma

(+39) 06 47 19-1
(+39) 06 42 87 34 38

364, Kifissias Ave & 1, Delfon
GR - 152 33 Halandri/Athens

(+351) 21 06 82 45 17
(+351) 21 06 82 45 20

Lennéstraße, 11
D-10785 Berlin

(+49-30) 59 00 47 90
(+49-30) 59 00 47 99

Avenida da Liberdade, 144-156, 8°
P-1250-146 Lisboa

(+351) 213 42 89 89
(+351) 213 47 04 87

2 Royal Exchange Buildings
London EC3V 3LF
United Kingdom

(+44) 20 73 75 96 60
(+44) 20 73 75 96 99

Calle José Ortega y Gasset, 29, 5°
E-28006 Madrid

(+34) 914 31 13 40
(+34) 914 31 13 83

6 Boulos Hanna Street
Dokki, Giza 12311, Cairo
Egypt

(+20-2) 33 66 583
(+20-2) 33 66 584

Europäischer Investitionsfonds
43, avenue J.F. Kennedy
L-2968 Luxembourg

(+352) 42 66 88 - 1
(+352) 42 66 88 - 200

www.eif.org
info@eif.org

Layout: EIB graphic workshop,
Sabine Tissot

Fotos: Bidarchiv EIB,
Lavandeira JR/EFE/SIP
Imedia, Elena Rotondi,
John Senior, Vlaamse
Huisvestingsmasschppij.



Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten



P. Medgyessy,
P. Maystadt,
W. Roth

Der ungarische Ministerpräsident Péter Medgyessy wurde am 3. Dezember 2003 im Rahmen eines offiziellen Besuchs im Großherzogtum Luxemburg vom Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, Philippe Maystadt, und von EIB-Vizepräsident Wolfgang Roth empfangen.

Der Ministerpräsident, der vom Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium, **Imre Réthy**, und vom stellvertretenden Staatssekretär im Finanzministerium, **István Salgó**, sowie vom geschäftsführenden Direktor der ungarischen Entwicklungsbank, **János Eros**, begleitet wurde, erörterte mit Vertretern der EIB den Ausbau von Infrastruktureinrichtungen in Ungarn. Dabei ging es insbesondere um die geplante Erweiterung des ungarischen Autobahnnetzes und um die Modernisierung der Budapester U-Bahn. Darüber hinaus leistet die EIB auch auf anderen Gebieten – wie etwa Forschung und Entwicklung – Unterstützung.

Ein Schwerpunkt der Darlehensvergabe der EIB in Ungarn ist die Finanzierung von Investitionsvorhaben, die zur wirt-

schaftlichen Integration des Landes in die EU und zur Anpassung an die europäischen Standards in verschiedenen Sektoren – z.B. im Umweltbereich – beitragen. Finanzierungsbeiträge wurden für Projekte in den Sektoren Verkehr, Umwelt, Energie, Telekommunikation und Industrie sowie für ausländische Investitionen zur Verfügung gestellt. In Zukunft wird es auch Finanzierungsmöglichkeiten in Bereichen wie Gesundheit und Bildung geben. Die EIB hat darüber hinaus in erheblichem Umfang Maßnahmen der Europäischen Union im Rahmen des ISPA-Programms kofinanziert. Diese Zusammenarbeit wird auch künftig fortgesetzt werden, indem die EIB parallel zu Finanzierungen aus dem Kohäsions- und den Strukturfonds Mittel bereitstellt.



Seit 1990 hat die EIB insgesamt mehr als 23 Mrd EUR für Vorhaben in Mittel- und Osteuropa vergeben. In Ungarn beläuft sich das Darlehensvolumen bisher auf 3,2 Mrd EUR. Davon waren 1,252 Mrd EUR (fast 40%) für Verkehrsprojekte bestimmt. Auf Globaldarlehen, mit denen kleine und mittlere Vorhaben unterstützt werden sollen, entfielen mehr als 700 Mio EUR (rund 20% aller in Ungarn bereitgestellten Darlehen).

Dusan Ondrejicka
Hauptabteilung Information
und Kommunikation
(+352) 43 79 3150
d.ondrejicka@eib.org